

Wegmarken für einen **Kurswechsel**

Eine Zusammenfassung der Studie „Zukunftsfähiges
Deutschland in einer globalisierten Welt“ des
Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

Wegmarken für einen Kurswechsel

Wegmarken für einen Kurswechsel

Eine Zusammenfassung der Studie „Zukunftsfähiges
Deutschland in einer globalisierten Welt“
des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

Herausgeber:

Brot für die Welt, www.brot-fuer-die-welt.de,
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., www.bund.net
und Evangelischer Entwicklungsdienst e.V., www.eed.de

Autor: Uwe Hoering

Redaktion: Norbert Franck, Michael Frein, Jürgen Reichel, Jule Rode (verantwortlich),
Danuta Sacher, Klaus Seitz.

Unveränderter Nachdruck Februar 2011

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, CO₂-kompensiert
hergestellt und ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.



Inhaltsverzeichnis

- 2 Vorwort der Herausgeber**
- 4 Einleitung**
- 6 Wo wir stehen**
 - 6 Wenig Fortschritt bei den Hausaufgaben
 - 7 Weltweit auf großem Fuß
 - 9 Die Globalisierung schlägt zurück
 - 10 Die Verlierer der Globalisierung
 - 12 Eine Frage der Gerechtigkeit
- 13 Auf falschem Kurs**
 - 13 Welches Wachstum?
 - 14 Die Dominanz des Marktes
 - 15 Fossile Zivilisation
 - 16 Weiter so
 - 17 Wie viel ist nötig?
 - 18 Wechseln – Jetzt!
- 19 Leitbilder**
 - 19 Gastrecht für alle
 - 20 Ökologischer Wohlstand
 - 22 Gesellschaft der Teilhabe
 - 23 Die ganze Wirtschaft
- 24 Baustellen**
 - 24 Auf Solarwirtschaft umsteigen
 - 26 Chancen der Ressourceneffizienz
 - 27 Primat der Politik
 - 27 Renaissance der Regionen
 - 29 Arbeit fair teilen
 - 30 Wege zur Weltinnenpolitik
 - 31 Verantwortung in globalen Produktionsketten
 - 33 Neue Regeln im Welthandel
 - 34 Bürger nehmen Einfluss
 - 35 Das Private ist politisch
- 36 Akteure des Kurswechsels**

Vorwort der Herausgeber

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ erschien Mitte Oktober 2008, als das ganze Ausmaß der Finanzmarktkrise sichtbar wurde. Die Krise der Finanzmärkte entwickelte sich schnell zu einer Wirtschaftskrise, von der fast alle Staaten – in unterschiedlichem Ausmaß – betroffen sind. Völlig unvorbereitet und hektisch reagierten die Regierungen: Mit der Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte (die noch umgesetzt werden muss), vor allem aber mit Notmaßnahmen, „Rettungsschirmen“ für die Banken, Auffangmaßnahmen für angeschlagene Firmen und mit milliardenschweren Konjunkturprogrammen. Die Zielrichtung heißt Stabilisierung und dann „weiter so“ auf dem Wachstumskurs. Am Ende des Tunnels sind wieder positive Wachstumsraten vorhergesagt. Dieses so vertraute wie überholte Reaktionsmuster ist fatal. Hatte der Schock des Bankencrashes kurzfristig die Selbstläge erschüttert, man könne endlos auf Pump leben, soll jetzt mit riesigen Schuldenprogrammen wieder der alte Wachstumskurs eingeschlagen werden. Die Rückkehr zu ausgetretenen Pfaden mag einfacher erscheinen. Zu einem zukunftsfähigen Deutschland führen sie nicht.

Über den Alarmzeichen der aktuellen wirtschaftlichen Krise an der Börse treten die Alarmzeichen der Natur und der Menschen, die weitab entfernt von der Börse sind, in den Hintergrund. Dabei sind sie Anzeichen der tieferen Krise, der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Armut und des Hungers in der Welt.

Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung steht seit der Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 für den Ausweg aus dieser Menschheitskrise. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ bilanziert nüchtern, wie weit hier Fortschritte erreicht worden sind, in Deutschland und weltweit. Trotz viel Nachhaltig-

keitsrhetorik, trotz einzelner positiver Projekte und Veränderungen zeigt die Gesamtbilanz, dass wir in Deutschland und global nicht auf einem zukunftsfähigen Weg sind, sondern die Probleme sich verschärfen, sei es beim Klimawandel, der biologischen Vielfalt oder dem Hunger in der Welt. Wir sind weit entfernt von einem Wirtschaftsstil und Wohlstandsmodell, das weltweit tragbar und übertragbar ist. Gleichzeitig wird das Zeitfenster, in dem ein Gegensteuern möglich ist, immer kleiner. Die Studie plädiert deshalb engagiert für einen Kurswechsel. Sie zeigt Lösungswege auf – von der internationalen über die nationale Ebene, vom Unternehmen zur Kommune und zum persönlichen Lebensstil. Sie plädiert für das Primat der Politik vor der Wirtschaft, den Vorrang des Gemeinwohls vor Gewinninteressen, für eine Rekonstruktion der Industriegesellschaft, um einen ökologischen Umbau und nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Sie plädiert für einen technologischen Wandel und gleichzeitig für einen Zivilisationswandel.

Ein solcher tief greifender Kurswechsel muss auf den Weg gebracht werden und setzt daher eine breite gesellschaftliche Debatte voraus. Eine solche Debatte wollen die Herausgeber mit der Studie anstoßen. Die positive Aufnahme der Studie zeigt, dass die Debatte um Wachstum und Werte, Kapitalismus und Gerechtigkeit, Globalisierung und Regionalisierung heute – in einer Zeit der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit und des wachsenden Unbehagens an einer floskelhaften Politik – in der Gesellschaft auf Interesse und Offenheit stößt.

Neben vielen Leserinnen und Lesern fand das Buch auch viele Zuhörerinnen und Zuhörer, Menschen, die über ein zukunftsfähiges Deutschland diskutierten bei einer Vielzahl von Veranstaltungen, die Ehrenamtliche und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Herausgeberverbände

– oftmals gemeinsam – organisierten. Um noch mehr Menschen zum Diskutieren einzuladen, werden derzeit Materialien für die Bildungsarbeit sowie eine Ausstellung und diese Kurzfassung entwickelt. Sie steht für sich und stellt die wesentlichen Inhalte der Studie dar, wir hoffen aber, dass sie auch ein Einstieg für viele in die Langfassung der Studie ist.

„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ ist eine Studie, die sich zwar auf die konkrete Situation in Deutschland bezieht, aber in vielen Problemen und Lösungen auch die Situation in anderen Industrieländern trifft. Sie ist eine Studie, bei der die Globalisierung, deren Folgen und die Notwendigkeiten der Neugestaltung, zentral sind. Sie ist eine Studie, die sich dem Ziel der internationalen Gerechtigkeit verpflichtet sieht. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir als Herausgeber diese Debatte über Deutschland hinaus

führen wollen, insbesondere mit unseren internationalen Partnerorganisationen. Die Herausgeber möchten dem Autor dieser Kurzfassung, Uwe Hoering, ihren Dank und Anerkennung aussprechen. Denn es ist keine einfache Aufgabe, aus einer Studie von mehr als 600 Seiten eine Kurzfassung von 40 Seiten zu kondensieren.

Wir wünschen uns, dass auch diese Kurzfassung dazu beitragen wird, den Mut zu alternativem Denken und neuen Wegen im Handeln zu bestärken. Wir teilen dabei miteinander die Überzeugung, den gegenwärtigen Krisen mit Hoffnung begegnen zu können. So haben wir an das Ende der Studie den Satz von Antonio Gramsci aus seinen Gefängnisbriefen gestellt: „Ich bin ein Pessimist im Verstand, doch ein Optimist im Willen“. Christinnen und Christen mögen ergänzen: „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“. (Sprüche 12,28)



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender
Dr. Angelika Zahrnt, Ehrenvorsitzende



Brot für die Welt

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin



Evangelischer Entwicklungsdienst

Wilfried Steen, Vorstand

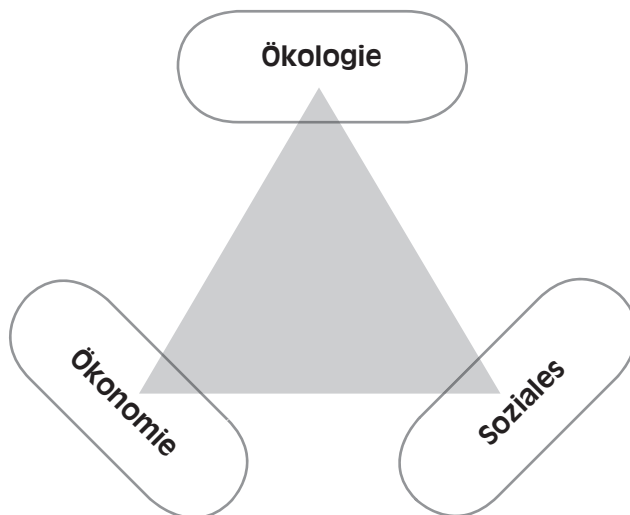
Einleitung

Deutschland soll zukunftsfähig werden! Es sieht so aus, als ob mit dieser Forderung offene Türen eingerannt werden. Denn Zukunftsfähigkeit oder, wie es auch heißt, Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Kaum ein Unternehmen, das nicht einen Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbericht herausgibt und entsprechende Managementsysteme eingeführt hat. Die Bundesregierung hat eine Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und den „Rat für nachhaltige Entwicklung“ einberufen, der sie bei der Umsetzung der Strategie berät. Rückenwind gibt es auch von den Vereinten Nationen, die die Jahre 2005 bis 2014 zur Dekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerufen haben.

Doch nicht nur der Begriff selbst hat Konjunktur, auch das öffentliche Bewusstsein hat sich geändert: Al Gore gewinnt mit seinem Film „Eine unbequeme Wahrheit“ einen Oscar

Das Nachhaltigkeitsdreieck hat die Diskussion in eine Sackgasse geführt.

Überholtes Denkmuster: Das Nachhaltigkeitsdreieck



und gemeinsam mit dem UN-Klimarat den Friedensnobelpreis 2007. Der Umsatz von fair gehandelten Waren und Bioprodukten steigt, der Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromproduktion liegt in Deutschland mittlerweile bei 17 Prozent. Hollywoodstars fahren Hybridautos, selbst die „Bild“-Zeitung nimmt sich des Klimaschutzes an. Kurz: Nachhaltigkeit ist angesagt.

Sind die Zeiten neoliberaler Euphorie und auftrumpfender Globalisierung damit vorbei? Die ersten Reaktionen der Politik auf die Zuspitzung der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 zumindest deuteten darauf hin. Vor allem aber weckt die Klimakrise in allen Gesellschaften, in Politik und Wirtschaft eine abgründige Ahnung: Die Natur schlägt zurück. Mehr noch: Der Klimawandel bedroht inzwischen die Stabilität der Weltwirtschaft. Energiekrise, Ernährungs- und neuerdings auch die Finanzmarktkrise, die auf die Realwirtschaft durchschlägt und die kapitalistische Weltwirtschaft wie in den 1930er Jahren in ihren Grundfesten zu erschüttern droht, verstärken die neue Beunruhigung. Das Gefühl, dass gehandelt werden muss, greift immer weiter Raum. Der Aufstieg der Schwellenländer, allen voran China und Indien, tut mit dem damit einhergehenden rasanten Zuwachs von Ressourcenverbrauch und Treibhausgas-Emissionen ein Übriges. Das Bewusstsein wächst, dass die Zukunft insgesamt auf dem Spiel steht. Die Einsicht erwacht, dass eine Umkehr erforderlich ist.

Dennoch: Dass sich heute alle für Nachhaltigkeit aussprechen, bedeutet nicht, dass alle darunter das Gleiche verstehen. Oft wird der Begriff als beliebiges Etikett aufgeklebt, nur auf einen Aspekt reduziert, oder gar völlig inhaltsleer benutzt. Der offiziellen Besorgnisrhetorik angesichts Klimakrise und Globalisierungsfolgen

zum Trotz geht vieles in Politik, Wirtschaft und Alltag weiter seinen gewohnten Gang. Die reichen Länder tragen mit ihrem Exportmodell der fossilen Industrialisierung weiterhin zur globalen Umweltgefährdung bei. Sie sichern sich durch weltwirtschaftliche Liberalisierung den Zugang zu allen Märkten und Ländern. Für die Armen indes bleibt das Versprechen nachholender Entwicklung leer. Dass die ökonomische Liberalisierung und Globalisierung nicht zu größerer Gerechtigkeit beiträgt, zeichnet sich schon seit längerem ab, weitere Verarmung und Verelendung gehen einher mit schamloser Bereicherung.

Die Vision von „Zukunftsfähigkeit“ beziehungsweise einer „nachhaltigen Entwicklung“ will einen Weg aufzeigen, wie dies geändert werden kann. Sie zielt auf nichts weniger als auf einen grundlegenden Kurswechsel in allen Bereichen. Das Ziel ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene, solide, selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle Länder.

Die vorherrschenden Nachhaltigkeitsstrategien sind allerdings weit entfernt von einem solchen Kurswechsel. Sie bringen bestenfalls Kurskorrekturen. Rhetorik und Praxis klaffen auseinander. Die bisherigen Ansätze haben nicht vermocht, die Umwelt zu schützen, die Wirtschaft zu stabilisieren und die Zahl der Armen zu verringern. Nach wie vor dominieren die ökonomischen Interessen – als Wachstumsdiktat, als Standortpolitik, als *shareholder value*.

Damit geht einher, dass sich in der Praxis oftmals eine Interpretation des viel beschworenen Nachhaltigkeitsdreiecks durchgesetzt hat, die die ursprüngliche Absicht ad absurdum führt. Um die Konflikte zwischen ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung zu überwinden, betonte das vorherrschende Nachhaltigkeitsverständnis die Gleichrangigkeit dieser Aspekte. Doch mit dem Argument, man dürfe diese Gleichrangigkeit nicht gar so starr interpretieren, sondern sollte sie flexibler und dynamischer handhaben, konnte unter dem Siegel

von „Nachhaltigkeit“ das Business as usual ungerührt fortgesetzt werden. Das heißt, de facto wird wirtschaftlichen Interessen der Vorrang eingeräumt, um dann soziale und ökologische Aspekte anzuhängen, so weit es opportun erscheint. Eine neue Autobahn gilt nach dieser Logik oft per se als sozial wünschenswert, weil sie Arbeitsplätze bringt – ein Biotop für Frösche irgendwo am Wegesrand macht sie dann zu einer „nachhaltigen“ Autobahn, die Gewinnen, Arbeitsplätzen und Fröschen die Zukunft sichert.

Dieses Denk- und Handlungsmuster gilt es zu überwinden. Menschenrechtliche Leitplanken und ökologische Begrenzungen müssen den Rahmen für ökonomische Ziele definieren und, wenn notwendig, beschränken. Ein zentraler Aspekt dabei ist, die Märkte so zu regulieren und zu stimulieren, dass sie sich am Gemeinwohl orientieren. Und das in weltgesellschaftlicher, globaler Dimension.

Wie aber kann Deutschland in einer globalisierten Welt zukunftsfähig werden? Dafür ist zunächst zu klären, welchen Beitrag Deutschland zur gegenwärtigen Krise leistet. Wo stehen wir? Welche Fortschritte hat es gegeben? Was sind zentrale Kurs-Koordinaten, die dazu führen, dass die Realität so hartnäckig der Rhetorik und den Notwendigkeiten widerspricht? Und wo schließlich sind die Weichenstellungen, die für eine grundlegende Kurswende erfolgen müssen?

Aus der Bestandsaufnahme kristallisieren sich wichtige Leitbilder für eine Kurswende heraus, zum Beispiel ein anderes Verständnis von Wachstum und Wohlstand. Sie können Orientierung geben für Veränderungen, politisches Handeln und gesellschaftliches Verhalten und damit ganz konkret für die vielen Baustellen, auf denen gearbeitet werden muss, um die Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu verwirklichen. Die Vorbilder, Modelle und Lösungsvorschläge gibt es längst – es kommt darauf an, sie einzusetzen, auch gegen widerständige Interessen, Gewohnheiten und Machtverhältnisse.

Wo wir stehen

1992 trafen sich in Rio de Janeiro die Staats- und Regierungschefs aus 176 Ländern. Die Vereinten Nationen hatten zur Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) geladen, durch die weltweit das Konzept einer „nachhaltigen Entwicklung“ auf die lokale, nationale und internationale Tagesordnung gesetzt wurde. Vier Jahre später stießen der BUND und Misereor mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“¹, die ebenso wie die neue Studie vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitet wurde, eine intensive Debatte über Nachhaltigkeit an. Die Frage ist, was bis heute erreicht wurde. Welche Fortschritte sind zu verzeichnen? Ist Deutschland zukunftsfähiger geworden?

Wenig Fortschritt bei den Hausaufgaben

Zwölf Jahre nach dem Erscheinen der ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist die Umweltbilanz ernüchternd. Die kurzfristigen Ziele, die dort formuliert wurden, konnten weitgehend nicht erreicht werden. Und angesichts der Entwicklungstrends sieht es auch nicht so aus, als wären die langfristigen Nachhaltigkeitsziele erreichbar. Grundlegende Veränderungen sind ausgeblieben. Es haben lediglich einige Kursanpassungen stattgefunden, aber keine Kurswende.

So ist Deutschland kaum umweltfreundlicher geworden. Zwar hat die Politik etwa mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und dem Klimaschutzprogramm reagiert. Doch die Maßnahmen sind unzulänglich und werden nicht ausreichend umgesetzt. In einigen Bereichen, wie beim Kampf gegen sauren Regen, wurden bemerkenswerte Teilerfolge erzielt. Bei erneuerbaren Energien wurde Deutschland zu einem

technologischen und politischen Vorreiter, wie Ressourcen geschont werden können.

Dennoch stieg in Deutschland die Nachfrage nach Rohstoffen, es wird immer mehr Metall, Erdöl oder Kohle verbraucht. Der Bedarf an pflanzlichen und tierischen Produkten bleibt ebenfalls unverändert hoch. Der Primärenergieverbrauch verharrt seit 15 Jahren nahezu unverändert auf hohem Niveau. Der umweltschädliche Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden sinkt nicht. Bei Abfallvermeidung und Recycling geschieht zu wenig. Immer mehr Fläche wird für Gebäude und Verkehr versiegelt, der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen ist seit vielen Jahren konstant hoch. Dass die Emissionen des Treibhausgases CO₂ seit Anfang der 1990er Jahre deutlich zurückgingen, ist positiv, aber nicht eigener Verdienst, sondern Folge der Umstrukturierungen des Energie- und Industriesektors in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Die Luft ist besser geworden – aber bei den meisten Schadstoffen wurden die Reduktionsziele nicht erreicht.

Wie andere Industrieländer ist Deutschland eine Wachstumsgesellschaft. Nicht nur die Wirtschaft dreht sich um Wachstum. Wachstum gilt vielfach auch als Voraussetzung, um gesellschaftliche Probleme zu lösen – um Arbeitslosigkeit zu beseitigen und Beschäftigung zu sichern, die Sozialsysteme zu finanzieren und die Staatsverschuldung abzubauen oder um die Umwelt wirksam zu schützen. Doch die Wachstumsorientierung steht in starker Spannung zur Zukunftsfähigkeit, indem sie die Umwelt immer stärker beansprucht und belastet.

Der größte Teil der Umweltprobleme geht auf die Befriedigung unserer Bedürfnisse und Gewohnheiten zurück. Essen und Trinken, Wohnen und Fortbewegung, insbesondere mit dem eigenen Auto oder mit dem Flugzeug.

¹ Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, hg. von BUND und Misereor, 1996

Dafür werden große Mengen Rohstoffe benötigt und gewaltige Emissionen verursacht. Beispiel Ernährung: Die Umweltbelastungen beginnen bei der landwirtschaftlichen Produktion, sie gehen weiter über Verarbeitung und Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken und den Vertrieb bis hin zur Lagerung und Zubereitung. Dabei haben Menschen oberer sozialer Schichten, gemessen an höheren Einkommen, an Bildung und Beruf, einen größeren Anteil an diesen Umweltbelastungen, auch wenn viele von ihnen durchaus umweltverantwortlich denken und etwa im Bioladen einkaufen.

Weltweit auf großem Fuß

Deutschland ist nicht nur ein prominenter Akteur in der Weltwirtschaft, sondern insgesamt gesehen auch ein Gewinner der Globalisierung. Als „Exportweltmeister“ verdient die Bundesrepublik daran, dass andere Länder in zunehmendem Umfang deutsche Waren kaufen. Dadurch können neue – meist hoch qualifizierte – Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen, Unternehmensgewinne erhöht und das Wirtschaftswachstum angetrieben werden. Außerdem investieren deutsche Unternehmen beträchtliche Kapitalmengen im Ausland, ebenfalls mit steigender Tendenz. Umgekehrt fließen erhebliche Warenmengen und Investitionen aus dem Ausland nach Deutschland.

Das globale Wettrennen um die höchstmöglichen Kapitalrenditen gilt als Kern der gegenwärtigen Globalisierung. Durch den wachsenden deutschen Außenhandel, der insbesondere Autos, Maschinen und chemische Produkte umfasst, erfolgt auch eine Verschiebung von Umweltbelastungen ins Ausland. Was als Nutzung von Wettbewerbsvorteilen gepriesen wird, etwa bei der Stahlerzeugung die Verlagerung energieintensiver Produktionsabschnitte ins Ausland, entlastet die deutsche Umweltbilanz nur scheinbar. Auch die Produktion von Kleidung, Spielzeug und Computern für den Konsum in Deutschland trägt zum CO₂-Anstieg in den Hersteller-

ländern bei. Weil immer mehr Rohstoffe wie Metalle, Erdöl, usw. importiert werden müssen, werden auch die mit ihrer Gewinnung und Aufbereitung verbundenen Umweltbelastungen in den Lieferländern vergrößert. In vielen Regionen außerhalb Deutschlands dient ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche unserer Versorgung, etwa mit Futtermitteln oder Agrotreibstoffen. Fernreisen, Transportdienstleistungen und transnationale Produktketten, die die Herstellung eines Produkts über mehrere Länder aufzählen, führen zu vermehrten Emissionen, wobei der Flugverkehr das Klima besonders stark belastet. Deutschlands „ökologischer Fußabdruck“ ist damit deutlich größer, als ihm zusteht – wir leben von der Umwelt der anderen.

Auch wirtschaftlich bringt Deutschlands Erfolg in der Weltwirtschaft Nachteile für andere Länder mit sich. Jahrzehntlang brach der Export

Der ökologische Fußabdruck

Wirtschaftliche Aktivitäten benötigen Wald, Wasser und Land, Kohle, Öl, Gas und Uran, aber auch Platz für Müll und Biomasse für die Bindung von Emissionen. Der „ökologische Fußabdruck“ rechnet diesen Umweltverbrauch und Ressourcenbedarf in einen einheitlichen Flächen-Index um. 2003 war der Fußabdruck in den alten Industrieländern pro Person sechsmal größer als in den armen Ländern und mehr als doppelt so groß wie in den Schwellenländern. Er wuchs gegenüber 1975 in Industrie- und Schwellenländern stark, während er in den armen Ländern schrumpfte.

	Fußabdruck/Person 1975 in globalen ha	Fußabdruck/Person 2003 in globalen ha	Veränderung 1975–2003 in %
Industrieländer USA, EU-15, Kanada, Japan, Australien	5,54	6,62	23,4
Schwellenländer Auswahl von 16	1,99	2,85	39,6
Arme Länder Auswahl von 12	1,22	1,13	-0,75

Quelle: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, S. 72

von Waren „Made in Germany“ eine Rekordmarke nach der anderen. Für die Importländer, in denen einheimische Anbieter vom Markt verdrängt werden, bedeutet das oftmals wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Nachteile. Ein solcher Verlust eigenständiger Wirtschaftskapazität verstößt nicht nur gegen ökonomische Gerechtigkeit, sondern gefährdet auch die Vielseitigkeit und Nachhaltigkeit der Welt. Durch die ökonomische Übermacht Deutschlands und anderer Industrieländer werden die sozialen, kulturellen und ökologischen Eigenheiten lokalen Wirtschaftens in vielen Teilen der Welt beeinflusst und verdrängt – sie werden uniformiert oder verschwinden ganz.

Als typisches Industrieland ist Deutschland somit auf vielfache Weise aktiv beteiligt, dass global die Krisen- und Ungerechtigkeitssituation anhält. Durch Exporte und Auslandsinvestitionen baut Deutschland an einer Weltwirtschaftsstruktur mit, die nicht zukunftsfähig ist.

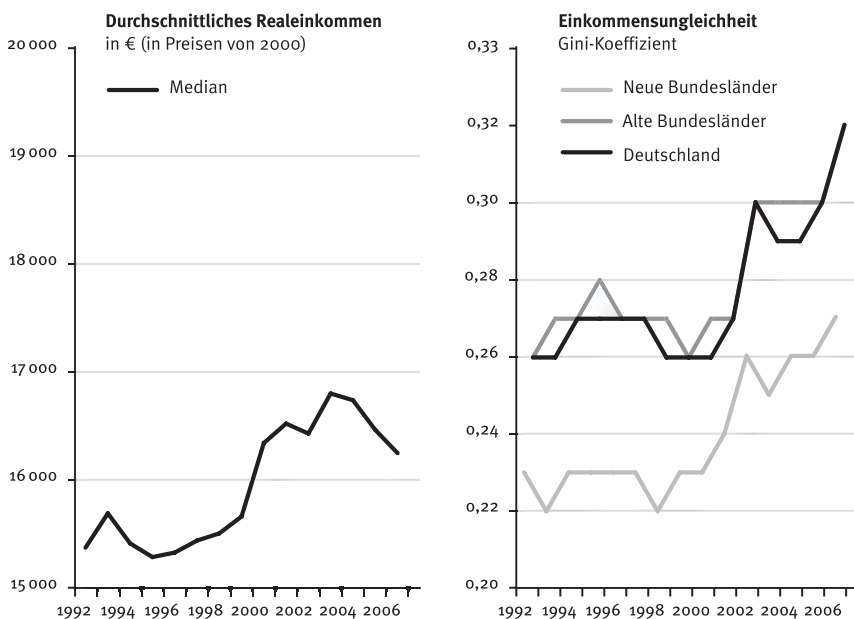
Deutschlands Gewinne auf den Weltmärkten werden zu einem guten Teil mit der Ausdehnung einer sozialen und ökologischen Raubökonomie auf die Schwellenländer eingefahren. Weil Deutschlands Konsum- und Produktionsmuster nach wie vor mit deutlich zu hohem Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen verknüpft sind, eignet es sich einen überproportional hohen Anteil des global begrenzten Umweltraumes an. Damit geht eine Umverteilung des Reichtums von anderen Ländern nach Deutschland einher.

Doch die Globalisierung hat noch andere Schattenseiten. Innerhalb Deutschlands wurde die Strategie der wirtschaftlichen Liberalisierung sozialpolitisch nicht entsprechend abgefedert. Seit Jahren sinken die Löhne, die Einkommensschere öffnet sich. Die Exportgewinne wurden nicht ausreichend umverteilt. Es ist keinesfalls im Sinne von Zukunftsfähigkeit, dass Deutschland Leuchtturm bei den Exporten und der Gewinnentwicklung von Unternehmen ist, aber im Vergleich der Industrieländer zu den Schlusslichtern in der Bildungs-, Sozial- und Lohnpolitik gehört. Und wenn anderswo Produzenten durch deutsche Exporte aus dem Markt gedrängt werden, widerspricht das einer Politik der „internationalen Gerechtigkeit und globalen Nachbarschaft“, wie sie die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vor zwölf Jahren forderte.

Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass sich die Risiken und Nachteile der Globalisierung verstärken werden. Bereits heute ist die deutsche Wirtschaft extrem von Exporten abhängig. Ständig weiter steigende Ausfuhren sind jedoch weder realistisch, weil Absatzmärkte nicht beliebig wachsen, noch wünschenswert. Zudem gibt es Anzeichen, dass das Zeitalter der beschleunigten, durch niedrige Energie- und Treibstoffkosten vorangetriebenen Globalisierung, der immer weiteren Marktöffnung und spekulativ in den Himmel wachsender Kapitalrenditen zur Neige geht. Auf internationaler Ebene sind die WTO-Verhandlungen, die auf eine weitere

Realeinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

Sinkende Realeinkommen – steigende Ungleichheit



Quelle: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, S. 168

Liberalisierung des Handels abzielen, in eine Sackgasse geraten. Immer mehr Länder bestehen darauf, Möglichkeiten zum Schutz ihrer Märkte vor überlegener ausländischer Konkurrenz, etwa bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln („Ernährungssicherheit“), zu nutzen. Die Transportkosten werden drastisch steigen, wenn der „Peak Oil“ überschritten ist und Erdöl rasch knapp und teurer wird.

Daher wird sich die Exportwirtschaft Deutschlands auf den Niedergang der fossil-geprägten Globalisierung vorbereiten müssen – je früher, desto besser. Es führt kein Weg daran vorbei, die deutsche Exportwirtschaft zu einem Dienstleister für ressourcen-effiziente Technologien, intelligente Mobilität und umweltfreundliche Ver- und Entsorgung weiter zu entwickeln – hier gibt es bereits vielversprechende und gewinnbringende Ansätze. Anstatt dazu beizutragen, „jedem Chinesen zu einem Auto zu verhelfen“ und damit die Horrorvision einer globalen Autogesellschaft zu erfüllen, sollte die Exportwirtschaft die Vorbildfunktion der Industriegesellschaften ernst nehmen und zum Beispiel Ideen umsetzen, wie die wachsende Weltbevölkerung mit Klima schonenden, öffentlichen Verkehrssystemen mobil sein kann.

Die Globalisierung schlägt zurück

Ähnlich wie in Deutschland wurden seit dem „Erdgipfel“ 1992 auf internationaler Ebene einige Fortschritte erreicht – etwa im Klimabereich mit dem Kyoto-Protokoll oder mit dem Cartagena-Protokoll zum grenzüberschreitenden Handel mit gentechnisch veränderten Organismen. Auch im Verhältnis von Nord und Süd gab es Anstrengungen, die Armut wirksamer zu bekämpfen (UN-Millenniums-Entwicklungsziele) und die drückenden Schulden der ärmsten Länder abzubauen. Zudem hat erfreulicherweise die Erkenntnis an Boden gewonnen, dass die Subventions- und Handelspolitik der Industrielän-

Peak Oil

Während die Vorräte an fossilen Energieträgern begrenzt sind, steigt der Verbrauch ständig an - seit Ende der 1990er Jahre wegen des starken globalen Wirtschaftswachstums sogar stärker als erwartet. Den Scheitelpunkt der Weltölproduktion („Peak“) erwarten die meisten Beobachter innerhalb der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre. Danach wird dann die Lücke zwischen einem weiter wachsenden Bedarf und rasch sinkender Produktion schnell immer größer. Knapp die Hälfte der Öl produzierenden Staaten hat ihr Fördermaximum bereits überschritten, darunter die USA, Norwegen, Großbritannien und Mexiko.

der negative Auswirkungen auf die Länder des Südens und viele der dortigen Produzenten hat und dass die Folgen des Klimawandels zuallererst die Armen treffen.

Grundlegende Änderungen sind jedoch nicht erfolgt. Die Vielfalt an Tieren und Pflanzen schwindet weiter – in Deutschland, in Europa und weltweit. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre steigt weiter an, die Folgen des Treibhauseffekts sind für alle sichtbar – etwa durch Hurrikan Katrina und schmelzende Eisberge. Es gibt ernst zu nehmende Analysen, dass der Klimawandel bereits die Stabilität der Weltwirtschaft bedroht. Die Natur, so scheint es, schlägt zurück.

Die Verantwortung für Übernutzung und Verschmutzung ist sehr ungleich verteilt: es waren bislang überwiegend die Industrieländer, die mit ihrem überproportionalen „ökologischen Fußabdruck“ die Überlastung der globalen Tragfähigkeit vorangetrieben haben. Doch die Asymmetrie der globalen Ressourcenaneignung hat sich in jüngster Zeit verändert. Die Aufholjagd der Schwellenländer ist in vollem Gange. Auch die Globalisierung schlägt zurück.

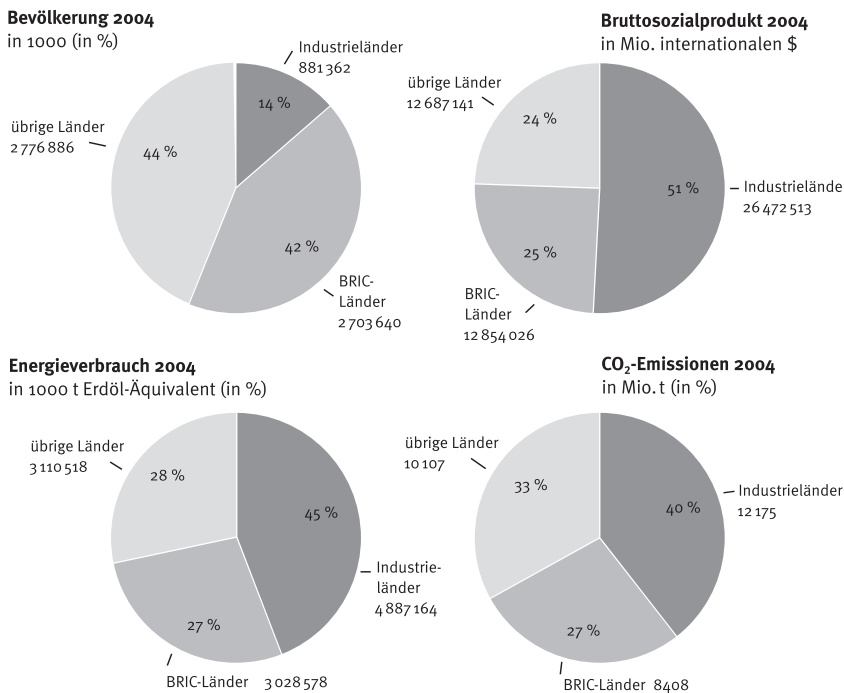
Der Aufstieg der Schwellenländer in Asien und Lateinamerika, allen voran China und Indien, ist ein welthistorisches Ereignis. Damit

erfüllt sich für diese Nationen die Verheißung, eines Tages zu den westlichen Ländern aufzuschließen. Unterstützt werden sie dabei von Unternehmen aus den Industrieländern. Deren weltumspannende Jagd nach billigen Arbeitskräften, niedrigen Produktionskosten und neuen Märkten wird vielfach angetrieben von Aktionären und Börsenhändlern, für die der Shareholder Value, die Steigerung des Aktienkurses, die wichtigste wirtschaftliche Richtgröße ist. In den meisten Industrieländern lässt sich inzwischen zudem ein Abwärtstrend der Realeinkommen beobachten – mehr noch: der Unterschied zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen wird immer größer, die gesellschaftliche Ungleichheit nimmt zu. Sitzen die Gewinner der Globalisierung also nicht mehr in Detroit und Dortmund, sondern in Shanghai und Hanoi?

Die nachholende Entwicklung durch Schwellenländer wie China und Indien nach dem Modell der Industrieländer beschleunigt den Anstieg der Treibhausgas-Emissionen und die Nachfrage nach Ressourcen enorm – vom Öl über Metalle bis zu Nahrungsmitteln. Ihr Ausstieg aus Unterentwicklung und Unterordnung führt beim herrschenden Entwicklungsmodell schnurstracks zum Einstieg in die ökologische Raubökonomie. Der Aufstieg Europas, der mit Klimachaos, Ölknappheit und dem Verschleiß der Biodiversität erkaufte wurde, gründet darauf, dass sich die Nationen die Naturschätze der Erde in höchst ungleicher Weise aneignen. Und da das Umweltkonto im globalen Maßstab bereits überzogen ist, nimmt mit den neuen Wirtschaftsmächten die ungleiche Verteilung der Ressourcen bedrohliche Züge an.

Ungleichheit im Umweltraum

14 Prozent der Weltbevölkerung sind verantwortlich für 40 Prozent der globalen CO₂ Emissionen



Industrieländer: Australien, EU-15, Island, Israel, Japan, Kanada, Malta, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, USA
BRIC-Länder: Brasilien, Russland, Indien, China

Verlierer der Globalisierung

Während China, Indien oder Brasilien den „alten“ Industrieländern die wirtschaftliche und zunehmend auch die politische Vorherrschaft streitig machen, werden andere Länder weiter ins Abseits gedrängt. So ist der Anteil Afrikas am weltweiten Handel auf unter zwei Prozent gesunken. Die Globalisierung einiger Länder vollzieht sich gleichzeitig mit der Marginalisierung vieler anderer – vor allem jener, deren Wirtschaft in einem durch die Globalisierung verschärften Wettbewerb kaum mithalten kann. Für die meisten Länder sind die Entwicklungsversprechungen ein Trugbild geblieben. Eine Ursache ist die koloniale Vergangenheit, deren Erblasten eine einseitige, abhängige Wirtschaftsstruktur, unzulängliche staatliche Institutionen und schlechte Infrastruktur sind. „Entwicklung“ hat in vielen Ländern zu Überschuldung und Mittelabfluss geführt. Strukturanpassungsprogramme mit ihrem Rückbau von Sozialprogrammen oder billigen Agrarimporten führten zu weiterer Aus饥饿ung von Staat und Wirtschaft anstatt zu einer tragfähigen Entwicklung. Selbst Wachs-

tumsgewinne, wie sie in den vergangenen Jahren in einigen afrikanischen Ländern zu verzeichnen waren, reichen nicht aus, um den Vorsprung der Industrie- und Schwellenländer auch nur ansatzweise aufzuholen. Die Ungleichheit zwischen Staaten hat seit etwa 1980 beträchtlich zugenommen. Die Welt fällt ökonomisch gesehen immer weiter auseinander.

Auch die Ungleichheit innerhalb der Länder verschärft sich. Ein höheres Volkseinkommen wird mit einer vertieften Kluft zwischen Arm und Reich erkauft – im Norden wie im Süden. Die Globalisierung hat auf der einen Seite eine internationale Verbraucherklasse nach dem Muster der westlichen Konsumgesellschaft hervorgebracht. Indes führt die Ausbreitung unserer Konsummuster zu weiteren Belastungen der Biosphäre – insbesondere durch zunehmenden Fleischverbrauch, mehr Autos und mehr Elektrogeräte.

Das Gegenstück zum Wohlstand der internationalen Verbraucherklasse ist die andauernde Armut auf den unteren Stufen innerstaatlicher Ungleichheit – Landlose oder Slumbewohnerinnen, Kleinbauern oder fliegende Händlerinnen, allein wirtschaftende Frauen oder Wanderarbeiter. Sie haben weder die Mittel noch die Macht, um ihre Situation dauerhaft zu verändern. Oft sind sie Opfer einer Politik der Strukturanpassung, die Bauern und Bäuerinnen in den Ruin treibt. Bodenschätze, Land und Wasser werden genutzt, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können, während sie verdrängt werden und arm bleiben. Für jenen Teil der Weltbevölkerung, der am Niedergang der globalen Umwelt unschuldig ist, wird die Ressourcenklemme nicht selten zur Existenzbedrohung.

Was die Industriestaaten zu viel haben, haben die ärmeren Länder zu wenig: Sie setzen weit weniger Ressourcen ein, angefangen bei Dünger und Pestiziden über Erdöl und Kohle bis hin zu Technologie. Doch unterhalb eines Mindestsatzes an Ressourcen, vor allem an Energie, gibt es kein Entkommen aus Geldarmut und Margi-

nalisation. Diese Länder haben also ein Recht darauf, für ihre eigene Entwicklung mehr Ressourcen zu nutzen, um zumindest ein Niveau zu erreichen, das ein menschenwürdiges Auskommen für alle Bürger erlaubt (*dignity line*).

Doch die meisten Ressourcen sind endlich. Und die Grenzen der Erdölvorräte, der Land- und Wasserreserven sind unübersehbar. Damit wird die Frage ihrer Verteilung immer dringender, die Konflikte werden heftiger. Ressourcen-hunger macht die Welt friedlos. Das gilt für geopolitische Konflikte, bei denen jene Länder das Nachsehen haben, die weder über wichtige Ressourcen noch über Geld verfügen, um sie sich – zu langfristig steigenden Preisen – kaufen zu können. Aber auch innerhalb der Länder kommt es zunehmend zu Konflikten. Menschen wehren sich gegen Großkraftwerke, Bergbau und Plantagen für Agrotreibstoffe und Exportprodukte, die ihnen die Lebensgrundlagen nehmen, Industrietrawler und Kleinfischer kämpfen um schwindende Fischbestände, Slumbewohnerinnen für sicheres, sauberes Trinkwasser. Dabei steht oft die Notwendigkeit, Ökosysteme für den Lebensunterhalt zu nutzen, gegen mächtige und einflussreiche Interessen, sie als Wirtschaftsgut zur Gewinnmaximierung auszubeuten. Subsistenzbedürfnisse streiten gegen Luxusbedürfnisse. Und der Anspruch auf Privateigentum bedrängt Gemeinschaftsgüter, die zum Nutzen aller verwendet werden sollten.

Treibstoff und Hunger

Der Beitrag der Agrokraftstoffe – irreführend als Biotreibstoffe bezeichnet – zum Klimaschutz ist äußerst fraglich. Ihr großflächiger Anbau führt zur Zerstörung wichtiger Ökosysteme und hat negative Auswirkungen auf die Nahrungs- und Futtermittelbereitstellung. Angesichts hoher Importe, vor allem von Palmölen, erfolgt zudem für die meisten Länder, unter anderem auch für Deutschland, keine wirkliche Verringerung der Importabhängigkeit.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Für Deutschland war – wie für eine Reihe anderer Staaten – die Globalisierung in den vergangenen Jahren ohne Frage eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Der materielle Wohlstand in der Welt ist insgesamt gestiegen. Doch gleichzeitig nehmen Ungerechtigkeit, Konflikte und Unfrieden zu, ebenso wie Umweltzerstörungen und die Plünderung lebenswichtiger Ressourcen. Die Verknappung von Ressourcen wird schmerzhaft spürbar an steigenden Preisen mit weitreichenden Auswirkungen auf praktisch alle Wirtschafts- und Lebensbereiche. Die dauerhafte Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist angesichts eines „Wachstums ohne Beschäftigung“ (*jobless growth*) eine Fata Morgana. Die Hungerkrise und die Armutskrise werden verschärft durch wirtschaftliche Krisen. Wirtschaftswachstum bringt nicht Wohlstand für alle, sondern geht – zunehmend auch in den Schwellenländern – mit weiterer sozialer Ungleichheit einher. Anhaltende Armut kennzeichnet die meisten Entwicklungsländer.

Auch die ökologischen Auswirkungen haben Schlagseite. Sie treffen die ärmeren Bevölkerungsgruppen und Länder stärker als die wohlhabenden, die sich besser wappnen und eher freikaufen können. Wirtschaftlicher Erfolg geht einher mit einer Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, während Umweltbelastungen „nach draußen“ verschoben werden – in die Länder des Südens, auf die ärmeren Bevölkerungsgruppen.

Die Ressourcenkonflikte, die durch Wirtschaftswachstum erzeugt und durch die Globalisierung verstärkt werden, geraten zunehmend unter dem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit. Die Umweltagenda gerät dabei immer stärker unter die Räder der Sicherheitsagenda. Dabei darf allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass die sich zuspitzenden Konflikte um Rohstoffe, Lebensgrundlagen und Gemeinschaftsgüter vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit sind.

Wer hat welches Anrecht auf den Boden, das Wasser, das Öl oder die Atmosphäre? Die Lebensrechte vieler Armer in der Welt werden sich nur sichern lassen, wenn die globale Klasse der Vielverbraucher ihre Nachfrage nach Naturressourcen verringert. Erst wenn der Wasserdurst von Agrarbetrieben und Industrie abnimmt, bleibt genügend Grundwasser für die Brunnen in den Dörfern. Ungleiche Aneignung von Ressourcen läuft auf einen Entzug von Überlebensmitteln für arme Länder hinaus. Ressourcenübernutzung der einen vertieft die Unterentwicklung der anderen.

Solange die Industrieländer auf ihrer exzessiven Inanspruchnahme des globalen Naturvermögens beharren, sperren sie zahlreiche Nationen von einer gleichberechtigten Nutzung der Biosphäre aus. Ohne einen Rückbau der Ressourcenansprüche der Reichen kann es kein ausgeglichenes, friedliches Zusammenleben der Nationen geben. Mehr Gerechtigkeit in der Welt ist auf dem Verbrauchsniveau der Industrieländer nicht zu erreichen. Die Frage ist, ob es gelingt, Formen des Wohlstands zu entwickeln, die bedeutend weniger Natur verbrauchen, oder ob die Ärmeren ausgeschlossen bleiben sollen, um die Umwelt zu retten.

Angesichts der bisherigen Erfahrungen und negativen Auswirkungen stellen inzwischen immer mehr Bürger in Deutschland und anderen Ländern eine Politik der Globalisierung in Frage. Das neoliberale Paradigma, nach dem wirtschaftliche Liberalisierung, freier Handel und Privatisierung für alle Menschen Wachstum und Wohlstand bringen, hat offensichtlich versagt. Es ist notwendig, mehr globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, ohne die Erde ungastlich zu machen. Darum ist es höchste Zeit, das Wohlstandsmodell der Industriemoderne auf den Prüfstand zu stellen und neu zu erfinden. Ohne Ökologie ist im 21. Jahrhundert keine Gerechtigkeit mehr zu haben – und keine Sicherheit. Wie auch umgekehrt gilt, dass ohne soziale Gerechtigkeit die Antworten auf die ökologischen Herausforderungen zu kurz greifen.

Auf falschem Kurs

Woran liegt es, dass die Bilanz so schlecht ausfällt? Warum ist ein Kurswechsel ausgeblieben? Was sind die Koordinaten eines Kurses, der die Welt trotz aller Einsichten, Beteuerungen und einiger positiver Ansätze weiter in Umweltzerstörung, Krisenanfälligkeit und Ungerechtigkeit geführt hat? Diese Fragen sind grundlegend für die Antwort auf die sich unmittelbar anschließende Herausforderung: Welche grundlegenden Mechanismen müssen für die notwendige Kurswende verändert werden, um nicht bei kurzfristig wirksamen Maßnahmen und Kosmetik stehen zu bleiben oder gar Lösungsversprechungen aufzusitzen, die nur den Status Quo zementieren würden?

Welches Wachstum?

Eine der Koordinaten des bisherigen Kurses ist der Wachstumsimperativ, der nach wie vor die Programmatik politischen Geschehens beherrscht. Versprechungen nach dem Motto: „Die steigende Flut hebt alle Boote“, erlauben es Politik und Wirtschaft, Fragen der Verteilung des Reichtums zurück zu stellen. Wachstum wird zum Beruhigungsmittel gegenüber Umverteilungsforderungen und soll national wie international soziale Konflikte entschärfen. Produktivität, Unternehmensgewinne und Aktienrenditen werden damit wichtiger als soziale Gerechtigkeit.

Ein gängiger Gradmesser für Wirtschaftswachstum ist das Bruttoinlandsprodukt. Lange Zeit gingen die Steigerungsraten einträchtig einher mit einem Wachstum des Verbrauchs von Energieträgern und Rohstoffen. Scheinbar unendliche Reserven an billiger Kohle, an Erdöl und -gas haben das Wachstum von Industrie, Verkehr und Wohlstand der vergangenen zwei Jahrhunderte erst möglich gemacht. Zudem

blieben unentgeltliche Leistungen der Natur oder Kosten durch Umweltschäden außerhalb der Kalkulationen der Wirtschaftsentwicklung und der Unternehmen. Dadurch konnte die Wertschöpfung wie nie zuvor gesteigert werden.

Doch man muss unterscheiden zwischen dem Wachstum des Volkseinkommens, ausgedrückt etwa im Bruttoinlandsprodukt, und dem Wachstum von Lebensqualität. Ein rein ökonomischer Maßstab wie das Bruttoinlandsprodukt ist untauglich, um Lebensqualität zu messen, weil er blind ist gegenüber Qualitäts- und Verteilungsfragen. Viele Faktoren, die die Lebensqualität bestimmen, lassen sich darin überhaupt nicht abbilden. Dazu gehören soziale Einbindung, Qualität der Arbeit, Gemeinschaftsgüter wie Naturräume oder auch das Ausmaß sozialer Ungleichheit. Und Wirtschaft und Lebensqualität wachsen nicht automatisch parallel: In Deutschland etwa blieb in den vergangenen Jahren das Niveau der subjektiven Zufriedenheit unverändert, trotz der Steigerung des Bruttosozialprodukts.

Mehr noch: das kapitalistische Wirtschaftswachstum verschleißt nicht nur das Naturkapital. Es verändert auch die sozialen Verhältnisse in einer Gesellschaft grundlegend („Sozialkapital“). Bauernkulturen werden verdrängt, Familien- und Verwandtschaftsverbände aufgebrochen. Die Konkurrenz- und Konsumgesellschaft prägt neue Werte und Verhaltensorientierungen, die Individualisierung nimmt zu, die Solidarität ab. Das kann dazu beitragen, dass soziale Beziehungen immer mehr belastet werden oder zerreißen. Damit steigen neben den ökologischen auch die sozialen Kosten – der Verschleiß von Natur und die Zahl der Verlierer – schneller als der Nutzen des Wachstums. Insofern scheint inzwischen vor allem in den Industrieländern „unwirtschaftliches

Wachstum“ der Normalfall. Doch offensichtlich vermag dieser Widerspruch das gesellschaftliche und ökonomische System nicht zu erschüttern. Der Grund: Eine ausreichende Zahl von Menschen profitiert kurzzeitig davon, dass die Vorteile privatisiert, die Verluste hingegen sozialisiert werden oder unerfasst bleiben.

Die rein ökonomische Wachstumsorientierung widerspricht globaler Nachhaltigkeit. Der Wachstumsimperativ ist nicht nur zu einem Selbstzweck, sondern zu einer öffentlichen Gefahr, zu einer selbstzerstörerischen Veranstaltung geworden. Dramatisch hat der Aufstieg der Schwellenländer die biosphärische Unverträglichkeit des herkömmlichen Entwicklungsmodells sichtbar gemacht. Eine nachholende Entwicklung, die dem Wachstums- und Wohlstandsmodell der Industrieländer nacheifert, trägt außerdem nicht zu größerer Gerechtigkeit, sondern zur sozialen Aufspaltung vieler Gesellschaften bei. Als Folge des Klimawandels ist obendrein mit zusätzlicher Armut zu rechnen, insbesondere in den Ländern der südlichen

Hemisphäre. Erst wenn Wachstum zu einer Option unter anderen zurück gestuft wird, kann man einen Kapitalismus mit sozialem und ökologischem Mehrwert erwarten.

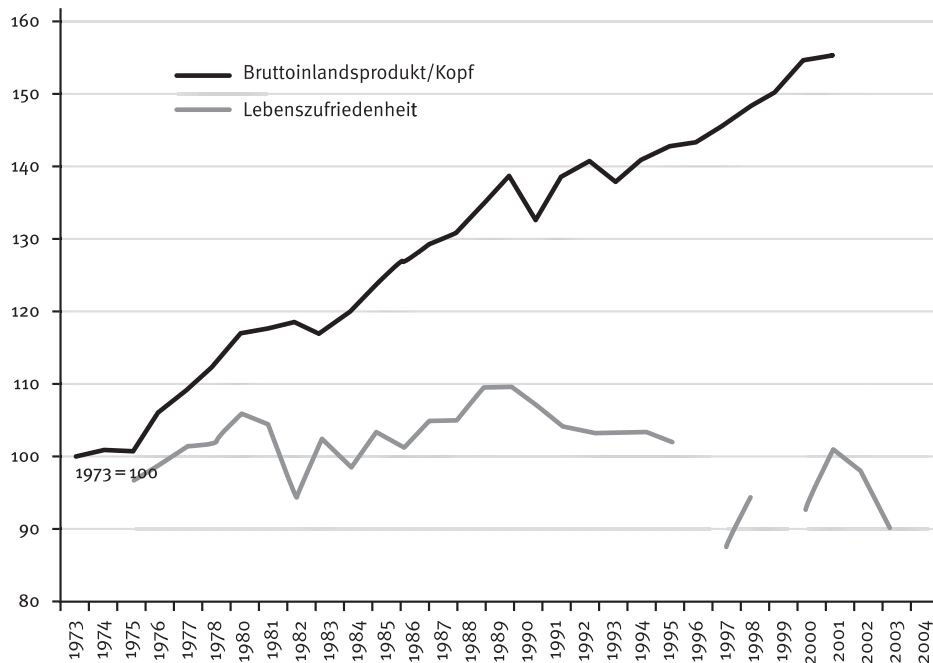
Dominanz des Marktes

Somit ist der Anspruch nicht länger aufrechtzuerhalten, wirtschaftliches Wachstum sei der entscheidende Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Vielmehr verlangt der Kurswechsel in Richtung Zukunftsfähigkeit den Abschied von Wachstumsglauben und Neoliberalismus – von der Leitidee, das Wirtschaftsgeschehen müsse dereguliert werden, die ökonomische Effizienz habe Vorrang vor anderen gesellschaftlichen Zielen wie Ökologie oder Gerechtigkeit, die Märkte sollten immer weiter liberalisiert und öffentliche Grunddienste privatisiert werden.

Erforderlich ist insbesondere der Abschied von der Vorstellung, der Markt könne alle Probleme lösen – und dies je besser, je weniger die Politik sich regulierend einmischt. Die Stärke

Wirtschaftswachstum und Lebenszufriedenheit in Deutschland

Steigender materieller Wohlstand bedeutet nicht größere Lebenszufriedenheit



Quelle: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, S. 112

des Marktes liegt darin, über den Wettbewerb beständig auf den bestmöglichen Einsatz von Kapital, Material, Menschen und Zeit zu achten und so für die optimale Allokation wirtschaftlicher Mittel zu sorgen. Das macht er so lange relativ gut, wie dieser Wettbewerb funktioniert – was jedoch weder automatisch noch überall der Fall ist. So haben die reichen, wirtschaftlich und politisch dominanten Industrieländer eine Vormachtstellung gegenüber den Ländern des Südens, die auf ihrem Entwicklungsvorsprung und der Marktmacht ihrer Konzerne beruht. Immer wieder benutzen sie die Überschuldung vieler Länder, multinationale und bilaterale Verhandlungen über Freihandelsverträge, Subventionen und Patente, um ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Vor allem aber ist der Markt blind für Ökologie und Gerechtigkeit: Weder ist er imstande, den Naturverbrauch zu begrenzen, noch kann er eine faire Verteilung der Güter gewährleisten. Damit ist der Markt nicht geeignet, den erforderlichen Kurswechsel durchzusetzen. Vielmehr sind die Politik und die Zivilgesellschaft gefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Naturkapital und das Sozialkapital einer Gesellschaft nicht unter die Räder eines rein ökonomischen Effizienzdenkens geraten. Überlebensfähig ist nur eine Wirtschaft, in der Gemeingüter wie Umwelt und Lebensqualität nicht nachrangig behandelt werden, in der das Renditekalkül nicht über den Belangen des Gemeinwohls steht.

Fossile Zivilisation

Ein entscheidendes Antriebs- und Schmiermittel für die bisherige Entwicklung des modernen Industriesystems sind die fossilen Rohstoffe. Sie dienen als Grundstoffe für zahlreiche Produkte, etwa der Chemieindustrie. Sie treiben Kraftwerke an und liefern Strom und Wärme. Sie ermöglichen ein weltumspannendes Verkehrs- und Transportsystem, das die Globalisierung von Waren und Investitionen erlaubt. Jahrzehnte-

EPAs – Ungleiche Partner

Vier Jahrzehnte lang stand die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den AKP-Staaten, 77 überwiegend armen Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik, im Zeichen von „Entwicklung“. So hatten sie einen erleichterten Zugang zum europäischen Markt. Mit den sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) steht nun „Handel“ im Vordergrund. Zwar werden auch hier Ziele wie die Verringerung der Armut oder die Förderung der Frauen formuliert. Doch vor allem strebt die EU danach, bestehende Handelsbarrieren der AKP-Länder abzubauen. Die geforderten Zollsensenkungen würden jedoch die Staatseinnahmen verringern und damit den sozialpolitischen Handlungsspielraum von Regierungen einschränken. Sie würden weiterhin die Konkurrenzsituation zwischen der europäischen Agrarwirtschaft und den Kleinbauern in den AKP-Staaten ebenso verschärfen wie den Wettbewerb zwischen EU-Konzernen und afrikanischen Handwerksbetrieben und Dienstleistern. Die EU will für europäische Unternehmen den Zugang zu den Märkten, den Schutz geistiger Eigentumsrechte sowie die Investitionsregeln verbessern – alles Forderungen, die in erster Linie den Europäern selbst dienen.

lang schienen sie im Überfluss vorhanden, sieht man von Schocks wie der Ölpreiskrise Anfang der 1970er Jahre ab, die die Abhängigkeit der industriellen Wohlstandsgesellschaft von fossilen Rohstoffen und ihre Verwundbarkeit deutlich machte.

Dieser Entwicklungsweg, der auf nicht erneuerbaren Ressourcen beruht, erfordert große Kapitalmengen und setzt auf großtechnische Strukturen und eine stete Ausweitung des Energieangebots. So entstand ein gewaltiges Industrie- und Technologiesystem mit zentralisierten Produktionsformen, Massenherstellung, weltumspannenden Handels- und Produktketten und fest gefügten Macht-, Interessens- und Profitstrukturen. Der „fossil-zentrale Pfad“ der Entwicklung polarisiert die Welt in ressourcenreiche Produzentenländer wie die Golfstaaten und die wirtschaftlich starken Verbraucher auf der einen Seite, ressourcenarme, wirtschaftlich schwache

Länder auf der anderen Seite, für die jeder Anstieg des Ölpreises zur Existenzfrage wird. Und er treibt die Militarisierung voran, um die Versorgung mit dem lebenswichtigen Stoff sicher zu stellen.

Doch dieser Entwicklungsweg führt in eine Sackgasse. Die drei eng miteinander verknüpften Krisen – globale Erwärmung, erschöpfte Lagerstätten und verschlissene Naturräume – weisen auf das strukturelle Krankheitsbild der Industriegesellschaft hin, nämlich ihre Abhängigkeit von Rohstoffen, die nur begrenzt verfügbar und deren Abbau und Nutzung die Umwelt schädigen. Die Versuche großer Kapitalgeber, den Patienten mit Atomkraft und Agrotreibstoffen zu retten, dienen offensichtlich dazu, ihre Rendite-Erwartungen nicht durch die notwendigen Anpassungsprozesse an Klimachaos und „Peak Oil“ zu gefährden.

Angesichts der Macht der Verhältnisse, der etablierten Interessen und der festen Verankerung des herrschenden Wirtschaftssystems im allgemeinen Bewusstsein tun sich Alternativen schwer. Aber Business-as-usual ist keine Option mehr. Der Klimawandel ruft nach einem Zivilisationswandel, nach dem Übergang zu einer post-fossilen Zivilisation. Anstatt weiter eine Entwicklung zu verfolgen, die von fossilen Ressourcen abhängt, muss der Weg über die solaren Energien in eine Energiespar-Gesellschaft führen. Der dafür notwendige umfassende Übergang zu erneuerbaren Energien und Stoffen, zu einer Vielzahl von kleinen, vernetzten Versorgungssystemen sowie zu einem deutlich geringeren Energiebedarf liegt allerdings quer zu den bestehenden Versorgungsstrukturen durch einige wenige Energieriesen und den entsprechenden Macht- und Rendite-Interessen.

Weiter so

Natürlich gibt es gegen solche größeren Kursänderungen vielfältige Widerstände und Hindernisse, manche aus Gleichgültigkeit, manche aus Eigennutz, manche aus Hilflosigkeit und Unkenntnis über Alternativen.

Gewichtig sind zum Beispiel allerlei Lobbykräfte, die im Namen von Industrieverbänden am Werk sind. Die Stromindustrie verbreitet die Angst vor einer Stromlücke, weil sie weitere Kohlekraftwerke bauen und den politisch beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie kippen möchte. Die Automobilindustrie setzt mit Sprit schluckenden Karossen unbelehrbar auf das Luxus- und Temposegment im Markt. Chemiewirtschaft und Agrarindustrie verweigern den Abschied von Düngemitteln und Pestiziden und wollen darin partout nur den Einstieg in wirtschaftlichen Niedergang sehen.

Weniger leicht zu erkennen sind Versuche, den Kurswechsel abzuwenden, indem an seiner Stelle die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft verkündet wird. Umweltprobleme lassen sich demnach über technische Innovationen und Fortschritte lösen. Davon, so die Versprechungen, würden sowohl unsere Exportwirtschaft, als auch die Länder des Südens profitieren und Umwelt- und Armutprobleme gleichzeitig gelöst werden. Doch solche Ansätze können nur die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus hinausschieben.

Einträchtig versuchen zudem Lobbyvertreter, Modernisierungs-Gläubige und Politiker, die Position der hiesigen Industrien gegen die Volkswirtschaften der südlichen Hemisphäre auszubauen. Bei der Europäischen Union in Brüssel oder bei der Welthandelsorganisation WTO in Genf nutzen sie ihren Einfluss, um Hindernisse für unbeschränkten Handel, Technologieexporte und ausländische Investitionen weiter zu schleifen. Mit ihrem „Weiter so“ und „Mehr davon“ bremsen sie den dringend notwendigen Kurswechsel.

Zudem sind Gegenkräfte wirksam, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst verankert sind – der Konkurrenzkampf zum Beispiel, der Firmen zwingt, höchstmögliche Gewinne zu erwirtschaften. Börsennotierten Unternehmen sitzen die Shareholder im Nacken. Die oftmals internationalen Anteilseigner können jederzeit ihre Anlagen in Bruchteilen von

Sekunden umschichten, wenn die Rendite in Shanghai, Mumbai oder Tokio höher erscheint als in Frankfurt oder an der Wall Street, und damit den Börsenwert jedes Unternehmens in den Keller treiben. Es gibt aber auch zahlreiche „Sachzwänge“, über die Jahre entstandene Strukturen, die den Schwung der Veränderung wirkungsvoll bremsen können. Das Autobahnnetz und die Autofahrer-Lobby verlangen ständig neue Investitionen, die Auflösung des Familienverbands, die Individualisierung und der Wunsch nach Selbständigkeit treiben die Nachfrage nach Wohnfläche in die Höhe, die Städte wachsen schier unaufhaltsam und damit schreitet die Zersiedelung voran.

Und schließlich blockieren auch viele lieb gewordene Gewohnheiten, Bedürfnisse, Erwartungen, Ansprüche und Freuden des Alltags den Wandel: Shopping ist nicht zuletzt aufgrund fehlender öffentlicher Verkehrsmittel ebenso gebunden an den Verbrauch von fossilen Energien wie Mobilitätsansprüche, mannigfaltige Freizeitvergnügen und steigender Wohnkomfort. Vielfach fehlen aber auch die Vorstellungen und Vorbilder, wie Alternativen aussehen können, um den oft durchaus als notwendig erkannten Wandel herbei zu führen.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die Energiewende, die Verkehrswende und die Agrarwende nicht vorankommen – nicht bei uns in Deutschland, nicht in Europa, nicht in den Schwellenländern und nicht weltweit.

Wie viel ist nötig?

Natürlich gibt es im Rahmen des bestehenden Industriemodells durchaus eine Reihe von Ansätzen und Versuchen, die Probleme zu lösen. Dazu gehört zum Beispiel die **Entkopplung**. Das bedeutet, dass die Wirtschaft wächst, während gleichzeitig der Ressourcenverbrauch abnimmt. Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen, Ressourcen produktiver und effizienter zu nutzen, steht ganz oben auf der Tagesordnung der Debatte über Zukunftsfähigkeit. Die bestehende

Tendenz zur relativen Entkopplung, bei der der Ressourcenverbrauch lediglich langsamer wächst als die Wirtschaft, ist ein Anfang, bringt aber keine ausreichende Entlastung. Auch die Entkopplung durch den Strukturwandel schreitet voran. Dienstleistungen verbrauchen in der Regel weniger Rohstoffe als Industrien, technische Neuerungen können Substanzen, die zur Luft- und Wasserverschmutzung beitragen, ersetzen. Doch auch das reicht nicht aus. Denn in den Industrieländern muss der fossile Material- und Energieverbrauch binnen 50 Jahren um einen Faktor 10 verringert werden, das heißt um 80 bis 90 Prozent. Nur dann lässt sich ein globaler Rückbau der CO₂-Emissionen um 60 Prozent erzielen. Das ist durch Entkopplung und Steigerung der Ressourcenproduktivität allein nicht zu erreichen. Denn oftmals zeigt sich, dass Effizienzsteigerungen den Gesamtverbrauch nicht verringern – wenn zum Beispiel sparsamere Autos mit einer Erhöhung der gefahrenen Kilometer einhergehen. Man spricht hier von einem „Reboundeffekt“.

Ähnliches gilt für das Konzept der **Konsistenz**, also die Strategie, Produktion und Konsum umweltverträglicher zu gestalten. Ein Beispiel hierfür ist die biologische Landwirtschaft, ein anderes die Verwendung von Rohstoffen in Waschmitteln und Kunststoffen, die die Natur nicht auf Jahrzehnte hinaus belasten. Hierbei geht es jedoch nur um die Vereinbarkeit von Natur und Technik, nicht aber vorrangig um einen geringeren Verbrauch von Material und Energie. Diese Lösungen erlauben bestenfalls Kurskorrekturen, werden aber favorisiert, weil sie weder Kapitalinteressen noch Gewohnheiten in Frage stellen.

Dass die anstehenden Herausforderungen allein durch verbesserte Effizienz und Konsistenz bewältigt werden können, muss bezweifelt werden. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ist nur zweigleisig zu erreichen: zum einen durch technische Mittel, zum anderen durch kluge Beschränkung der Wirtschaftsleistung. Für eine wirkliche Kurswende müssen

Effizienz und Konsistenz durch eine Politik der **Suffizienz** oder Selbstbegrenzung ergänzt werden. Andernfalls wird die Expansionsdynamik den Erfolg gesteigerter Effizienz und größerer Konsistenz wegschülen. Neben den rein technologischen Ansätzen und neuen Anforderungen an die staatlichen Institutionen, den Ressourcenverbrauch stärker zu regulieren, spielt daher eine grundlegende Änderung des Verbrauchsverhaltens eine zentrale Rolle auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Gefordert ist eine aktive Auseinandersetzung mit der Frage „Wie viel ist nötig?“.

Das wird wohl nicht ohne weniger Wachstum oder gar ohne eine Schrumpfung gehen – für eine Wachstumsgesellschaft ein Schreckgespenst. Dennoch: Eine Gesellschaft, die zukunftsfähig werden will, muss den herrschenden Wachstumsimperativ zur Disposition stellen. Nur so kann ein zielgerichteter Strukturwandel zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern, eine echte ökologische Modernisierung, umgesetzt werden. Und nur so lässt sich soziale und ökologische Qualität in das Wirtschaftsgeschehen bringen.

Das bedeutet nicht: Kein Wachstum. Wachsen kann und soll alles, was zugleich der Nachhaltigkeit und der Lebensqualität dient, wie etwa Energie- und Materialeffizienz, erneuerbare Energien, Ökolandwirtschaft und fairer Handel. Schrumpfen soll dagegen, was die Übernutzung von Ressourcen und die Überlastung der Umwelt sowie die Risikoverlagerung begünstigt oder den sozialen Zusammenhalt beschädigt – nukleare und fossile Energien, der Flug- und Pkw-Verkehr, spekulative Finanzprodukte oder die Verschuldung armer Länder. Zukunftsfähigkeit erfordert, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.

Wechseln – jetzt!

Die Hinweise und Belege sind längst nicht mehr zu leugnen oder zu übersehen, dass das herrschende Modell von Entwicklung weder ökologisch noch sozial nachhaltig ist. Es ist aber auch wirtschaftlich nicht zukunftsfähig. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik stehen an einem Scheideweg. Ein radikaler Kurswechsel ist notwendig. Dafür müssen zentrale Säulen und Glaubenssätze des herrschenden Entwicklungsmodells – ständiges Wirtschaftswachstum, der Vorrang des Marktes und fossiler Energieträger – in Frage gestellt werden. Denn die Lösungsansätze, die sich in diesem Rahmen bewegen, haben sich als ungeeignet erwiesen, die Krisen einzudämmen. Für eine Welt mit begrenzten Ressourcen, in der fast eine Milliarde Menschen enormen Nachholbedarf haben, um Hunger und Armut zu entkommen, und in der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Konflikte zunehmen, muss ein neues, ressourcen-leichtes Wohlstandsmodell entwickelt und umgesetzt werden, um Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen und die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu bewahren.

Der notwendige Übergang zu einer post-fossilen Zivilisation erfordert erstens die Umgestaltung der gesellschaftlichen Hardware: Von Gebäuden über Kraftwerke bis hin zu Textilien müssen Herstellung und Verwendung aller Produkte naturverträglich und mit deutlich weniger Ressourcen erfolgen. Zweitens müssen dafür Regelwerke, Institutionen und Einrichtungen so gestaltet werden, dass die Achtung der Menschenrechte gewährleistet und die Entwicklungsdynamik der Wirtschaft innerhalb der Regenerationsgrenzen der Biosphäre gehalten wird. Drittens verlangt dieser Übergang neue Leitbilder. Von der persönlichen Lebensführung über das professionelle Ethos bis hin zu den Prioritäten des Gemeinwesens ist eine neue Orientierung für das Handeln im Alltag, in der Wirtschaft und in der Politik erforderlich.

Leitbilder

Die Visionen, die das Engagement für eine zukunftsfähige Welt beflügeln, lassen sich in vier Leitbildern fassen: ein kosmopolitisches, das auf die Verwirklichung der Weltbürgerrechte zielt, ein ökologisches, das die Umrisse eines neuen, anderen Wohlstands zeichnet, ein sozialpolitisches, dem es um Teilhabe und Einfluss aller in der Gesellschaft geht, und schließlich ein wirtschaftspolitisches, das den Blick auf die tragenden Säulen einer ganzheitlichen Wirtschaftsweise richtet.

Gastrecht für alle

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird sich auch an seinem Einsatz für die Macht- und Mittellosen dieser Welt bemessen. Um den Menschenrechten volle Geltung zu verschaffen, ist eine Reform der Strukturen von Macht und Reichtum erforderlich. Dazu gehört ein Kurswechsel in der Außen- und Wirtschaftspolitik, die Deutschland und Europa gegenüber den benachteiligten Ländern der Welt betreiben.

Die Lebenssituation vieler Menschen ist mitgeprägt von den Bedürfnissen der reichen Welt. So schnappen europäische Trawler den senegalesischen Fischern den Fang weg, die sich dann – arbeitslos geworden – als Bootsflüchtlinge auf den Weg nach Europa machen. Während Armut häufig als ein Risikofaktor gesehen wird, dem man mit Wachstumsstrategien und Entwicklungspolitik beizukommen sucht, sind aus der Sicht der Marginalisierten die Reichen ein Risikofaktor. Deren Ansprüche auf einen höheren Lebensstandard bedrohen und beschränken ihre fundamentalen Rechte.

Ein wesentlicher Faktor für die Armut sind soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, die so strukturiert sind, dass Vorteile durchgehend bei einer Gruppe, die Nachteile aber bei einer an-

deren Gruppe hängen bleiben. Armut geht auf ein Defizit an Macht, Sicherheit und Einfluss zurück. Arme sind verhinderte Akteure, Bürgerinnen und Bürger, die ohne Rechte, ohne Habe, ohne Besitztitel und ohne politischen Einfluss ihr Leben fristen müssen. Der Ausweg für die Armen heißt nicht allein Wirtschaftswachstum, dadurch würde sich ihre Situation nicht entscheidend ändern. Armutsbekämpfung verlangt vor allem nach mehr Rechten und Selbstbestimmung. Armut kann dauerhaft nicht durch Experten, Geldgeber oder Unternehmen, die von außen gerufen werden, bekämpft werden, sondern nur durch die Armen selbst. Notwendig ist ein Ermächtigungsprogramm, das ihren Gestaltungsspielraum erweitert und Machtverschiebungen anstrebt.

Ein wichtiges politisches Instrument dafür ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die Vereinten Nationen im Dezember 1948 verabschiedeten. Sie legt die rechtliche Grundlage für eine Weltgesellschaft. Alle Menschen sind damit als Bürger eines transnationalen Rechtsraums zu betrachten. Mit dem Menschenrechtskanon hat die Weltgesellschaft eine Verfassung. Sie hat aber keinen Staat, weshalb Rhetorik und Realität bei den Menschenrechten so weit auseinander klaffen. Um den Machtlosen ihr Recht zu verschaffen, tragen daher Staaten auch außerhalb ihres Territoriums Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Das kann zum Beispiel die Verpflichtung bedeuten, soziale und ökologische Schäden zu unterbinden, die von Produktionsprozessen, Auslandsinvestitionen, protektionistischen Maßnahmen, Liberalisierung und Privatisierung oder finanziellen Transaktionen ausgehen. Überall auf der Welt muss gewährleistet sein, dass Überleben vor Profit und Menschenwürde vor Machtgewinn rangieren.

Menschenrechte: eine umfassende Verpflichtung

Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Religionsfreiheit, Verbot von Folter, Sklaverei und Diskriminierung – das sind einige der grundlegenden Menschenrechte, wie sie im Pakt der Vereinten Nationen über politische und bürgerliche Menschenrechte („Zivilpakt“) von 1966 völkerrechtlich verbindlich kodifiziert sind. Weniger bekannt ist der ebenfalls völkerrechtlich verbindliche und 1966 geschlossene Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte („Sozialpakt“). In Art. 2 (1) verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, auch Deutschland, „unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.“ Zu den im Sozialpakt anerkannten Rechten gehören das Recht auf Nahrung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Gesundheit. Verwirklicht werden sollen diese Rechte „einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit“.

Zivilpakt und Sozialpakt gehören zusammen. In beiden Verträgen heißt es in der Präambel, sie wurden geschlossen „in der Erkenntnis, dass nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie seine bürgerlichen und politischen Rechte genießen kann.“

Auch Unternehmen, deren Aktions- und damit Verantwortungsbereich zunehmend transnational wird, unterliegen dem Grundsatz, dass die Einhaltung von Menschenrechten und Menschenwürde Vorrang hat. Bürgerrechte stehen über den Rechten von Unternehmen. Deren Rechte sind in der Globalisierungsepoche ausgeweitet und gestärkt worden. Das bringt auch Pflichten, etwa zu prüfen, wie sich die eigenen Operationen auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte auswirken.

Gleichermaßen kann staatliche Politik im 21. Jahrhundert nicht länger nur die Förderung des nationalen Interesses im Auge haben. Sie muss

zu einer Weltinnenpolitik werden. Existenzrechte haben Vorrang vor wirtschaftlicher Liberalisierung, was zum Beispiel bedeuten kann, auf Exporte zu verzichten, wenn durch sie die Ernährung oder die Beschäftigung in den Importländern gefährdet würden. Regierungen der Industrieländer müssen als Gläubiger überschuldeter Staaten Rückzahlungsverpflichtungen so gestalten, dass die Schuldner noch genügend Mittel haben, um die sozialen Menschenrechte zu gewährleisten. Und eine menschenrechtsorientierte Politik wird bei allen Maßnahmen die Grundrechte von Betroffenen berücksichtigen, ihr Einverständnis einholen und Beschwerde- und Überprüfungsinstanzen einrichten.

Ansprüche der einen auf einen höheren Lebensstandard müssen zurück stehen, wenn die fundamentalen Rechte der anderen auf ein menschenwürdiges Leben nicht gesichert sind. Etwa ein Drittel der Menschheit, darunter ganz besonders die indigenen Völker, ist darauf angewiesen, dass die Wohlstandsökonomien zurückgefahren werden. Eine kosmopolitisch angelegte Politik wird den Ressourcenverbrauch in den Industrieländern daher verringern, um zu verhindern, dass Wohlstandsbedürfnisse die Subsistenzbedürfnisse anderer Bürger der Weltgesellschaft gefährden. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte werden insbesondere auch durch den Klimawandel bedroht, der die Armut weltweit verstärkt. Der Klimaschutz ist somit ein vorrangiges Menschenrechtsthema. Eine ökologische Politik ist die einzige Option, um einer wachsenden Anzahl von Menschen Gastfreundschaft auf der Erde zu bieten.

Ökologischer Wohlstand

„Besser, anders, weniger“ lautet die Faustformel für den Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Wohlstand muss zukünftig anders, sprich: mit weniger Ressourcenverbrauch und Naturzerstörung geschaffen werden. Und wir müssen lernen, dass ein besseres Leben mehr bedeutet als ständig steigender materieller Wohlstand.

Zwei Jahrhunderte lang bestand der wissenschaftlich-technische Fortschritt vor allem darin, die Produktivität von Kapital und Arbeit zu steigern. Eine wachsende Warenfülle verschlingt für Herstellung und Gebrauch immer mehr Ressourcen, Abfälle und Emissionen tragen zusätzlich zur Naturzerstörung in Form von Klimawandel oder der Verseuchung von Boden, Wasser und Luft bei.

Gefragt sind daher Technologien, Organisationsbeziehungen und Gewohnheiten, die weit weniger Natur verbrauchen als dies bislang der Fall ist (**Dematerialisierung**). Der Verbrauch von Ressourcen muss erheblich verringert werden, unter anderem indem sie produktiver genutzt werden. Statt eines beständig expandierenden Angebots wird zum Beispiel ein besseres Nachfragemanagement erforderlich. Die Dingwelt des ökologischen Wohlstands wird aus Produkten bestehen, deren Herstellung wenig Ressourcen erfordert – insbesondere, wenn diese nicht erneuerbar sind. Sie sind verbrauchsarm und dauerhaft und lassen sich gut wieder verwerten. An die Stelle der individuellen Anhäufung von Gerätschaften, die die meiste Zeit ungenutzt sind, tritt die temporäre Nutzung: Geräte werden gemietet, die Nutzung von Autos geteilt. Auch das eröffnet vielfältige Möglichkeiten für einen schonenden, rationalen Umgang mit Ressourcen.

Eine ökologische Wirtschaftsweise beruht auf einer veränderten Ressourcenbasis. Insbesondere fossile Rohstoffe werden soweit wie möglich ersetzt, vor allem durch naturverträgliche Stoffe und Energien solaren Ursprungs. Diese sind meist weitgehend regenerativ und emissionsfrei. Erste Schritte auf dem Weg zu einem solaren Energiesystem sind Windräder und Photovoltaikzellen. Im post-fossilen Zeitalter werden Metalle, Erze und Erzeugnisse der synthetischen Chemie durch biologische Stoffe und Verfahren, die Naturprozesse imitieren, ersetzt. Ein gutes Beispiel für diese **Naturverträglichkeit** ist die biologische Landwirtschaft: Während die konventionell-industrielle Land-

wirtschaft übermäßig Ressourcen verbraucht und die Umwelt mit Agrargiften und Düngern belastet, legt es die Bio-Landwirtschaft darauf an, Naturkreisläufe zu schließen und die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen produktiver und vielseitiger zu nutzen.

Zudem begünstigen Solaranlagen, kleine Wasserkraftwerke und Windkraft dezentrale Wirtschaftsstrukturen, die wenig Kapital benötigen. Lange, zunehmend weltumspannende Versorgungsketten bei der Produktion und Vermarktung von Waren oder Energie werden der Vergangenheit angehören. Regionalwirtschaftliche Verflechtungen werden globalwirtschaftliche Verflechtungen vielfach ersetzen. Die ökonomischen Konzentrationsbewegungen der Vergangenheit, die gigantische, mächtige Konzerne entstehen ließen, werden durch eine Wirtschaftsstruktur abgelöst, in der zahllose Kleinproduzenten an vielen Orten die Versorgung mit Gütern, Energie oder Dienstleistungen sicherstellen.

Diese Maßnahmen können viel dazu beitragen, den ökologischen Fußabdruck einer Volkswirtschaft zu verkleinern – allein reichen sie jedoch nicht, um den Umwelt- und Ressourcenverbrauch im notwendigen Umfang zu verringern. Deshalb gehört die **Selbstbegrenzung** in der wirtschaftlichen und technischen Leistungskraft zum Leitbild einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Die Frage „Wie viel ist genug?“ wird sich nicht umgehen lassen. Die Zurücknahme des übermäßigen und überdehnten materiellen Konsums kann den Raum für ein anderes, besseres Leben schaffen. Zufriedenheit kann man auch ohne viel Geld erreichen, durch Nachbarschaftsbeziehungen, Freiwilligennetze, Bürgerbüros, Gemeinschaftswerkstätten, Tauschringe, Einkaufskooperativen und Mikrounternehmen, durch sozialen Zusammenhalt und politische Teilhabe. Ökonomischer Wohlstand geht damit einher mit einem neuen sozialen Wohlstand.

Für Verbraucher ist es relativ einfach, mit ihrem Kauf- und Konsumverhalten zur

Entschärfung der Weltverhältnisse beizutragen. Sie können Energie schluckende Geräte abwählen, umweltverträgliche Produkte auswählen und der Forderung nach Suffizienz genügen, indem sie „Nein“ sagen zu den Angeboten der Überfluss- und Wegwerfgesellschaft.

Für den Kapitalismus dagegen ist gerade die Perspektive der Suffizienz sehr viel schwieriger. Sinkende Gütermengen sind nur schwer mit dem Streben nach einer ständig steigenden Wertschöpfung vereinbar. Doch nur wenn er es schafft, dieses Kunststück fertig zu bringen, kann der Kapitalismus sich eine Chance auf Zukunftsfähigkeit ausrechnen.

Gesellschaft der Teilhabe

Die Wende zu mehr Ökologie und internationaler Fairness wird gefährdet durch wachsende Einkommensunterschiede, höhere Armutsrisiken und eine verbreitete Wahrnehmung, dass die Gesellschaft unsolidarischer wird. Denn wenn sich Bürgerinnen und Bürger ungerecht behandelt und ausgeschlossen fühlen, sind sie kaum bereit, die erforderlichen Veränderungen mit zu tragen. Deshalb kommt eine Politik der Zukunftsfähigkeit nicht ohne eine Politik der gerechten sozialen Teilhabe aus, die allen Mitgliedern der Gesellschaft Verwirklichungschancen gibt.

Teilhabe an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung und an politischen Entscheidungen ist ein Menschenrecht. Doch einer zunehmenden Zahl von Menschen wird dieses Recht beschnitten oder gar verwehrt. Während für die einen mit wachsendem Reichtum die Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten, zu Selbstverwirklichung und Teilhabe zunehmen, schaffen Arbeitslosigkeit, geschlechtliche Arbeitsteilung oder Fremdenfeindlichkeit vielfältige Ausgrenzungen, ungesicherte Existenzbedingungen und Polarisierungen.

Der zentrale gesellschaftliche Integrationsfaktor, die Erwerbsarbeit, ist schon längst kein Garant mehr für Teilhabe und Existenzsicherung.

Insbesondere das Vollzeit-Arbeitsverhältnis geriet in den letzten Jahren immer stärker unter Druck. Erreichte Schutz- und Qualitätsstandards werden beseitigt, das Lohnniveau wird abgesenkt. Wichtige Bereiche wie die private, meist unbezahlte Sorgearbeit sind gering bewertet, die Frauen, die sie überwiegend leisten, mit den Problemen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf weitgehend allein gelassen. Anstatt ihre vielseitigen Fähigkeiten zu schätzen, werden Migrantinnen und Migranten häufig einseitig als Problemträger gesehen und von Teilhabe ausgeschlossen. Auch der Abbau des Sozialstaats brachte Einschnitte in die Möglichkeiten, Fähigkeiten zu entwickeln und sich in Gesellschaft oder Politik einzubringen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu, durch Kürzungen der Sozialleistungen müssen elementare Risiken selber getragen werden. Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr oder die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas werden an privatwirtschaftliche Unternehmen übergeben. Oftmals steigen damit die Kosten, was zu weiterer Ausgrenzung, Belastung und Einschränkung für private Haushalte, häufig zu Lasten der Frauen, führt.

Um die vielfältigen Ausgrenzungen und Beschränkungen aufzubrechen, ist eine Veränderung der politischen, sozialen und ökonomischen Grundstruktur unserer Gesellschaft notwendig. Dazu gehört zum Beispiel, die familiäre Sorgetätigkeiten nicht weiter auszugrenzen und zu privatisieren, sondern durch den Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge gleichberechtigte neue Lebensformen zu ermöglichen. Dazu gehört weiterhin eine faire Verteilung von Arbeit – etwa nach der Faustformel: ein Drittel Erwerbsarbeit, ein Drittel Sorgearbeit, ein Drittel bürgerschaftliches Engagement. Dazu gehören aber auch eine ausreichende Grundversicherung, eine neue Asyl- und Migrationspolitik und verbesserte politische Partizipationsmöglichkeiten, etwa durch den Ausbau der direkten Demokratie. Als Grundlage dafür

braucht eine zukunftsfähige Gesellschaft einen neuen Sozialvertrag, der gewährleistet, dass alle das Recht auf Teilhabe verwirklichen können.

Die ganze Wirtschaft

Wohlstand wird nicht nur durch die Geldökonomie geschaffen, sondern auch durch die Natur- und die Lebensweltökonomie. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft wird den Kapitalismus so regulieren, dass er das Wohlergehen dieser umfassenden Wirtschaft im Blick hat. Diese Revision erfordert eine neue Rolle des Staates und eine Aufwertung der Zivilgesellschaft.

„Die Wirtschaft“ ist mehr als die Geldwirtschaft. Auch die weitgehend nicht-monetäre Lebensweltwirtschaft trägt entscheidend zum Wohlstand bei. Dazu gehören zum Beispiel die vielen Formen der Eigenarbeit, Versorgungs- und Betreuungsrbeit, aber auch bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Mitarbeit. Die Lebensweltwirtschaft bildet das Fundament der Geldökonomie – eine verborgene Säule, die zusammen mit der Erwerbs- beziehungsweise Marktwirtschaft die Volkswirtschaft trägt.

Die dritte Säule von Wirtschaft und Wohlstand ist die Natur. Sie erbringt eine Vielfalt von – stillschweigenden – Leistungen wie die Regulierung des Wasserkreislaufs und des Klimas oder die Fruchtbarkeit der Böden, die sich die kommerzielle Wirtschaft unsichtbar und unentgeltlich aneignet. Die Leistungen der Natur bleiben weitgehend verborgen, weil sie sich vielfach der monetären Quantifizierbarkeit entziehen, ähnlich wie die Leistungen der Lebenswelt.

Bislang legt das „Betriebssystem“ des Kapitalismus die Regeln des Spiels fest. Es weist Eigentumsrechte zu und organisiert die Verteilung von Nutzen und Nachteilen. Die soziale Marktwirtschaft brachte eine gewisse soziale Zivilisierung des Kapitalismus: Der Staat wurde zum Sozialstaat, aus der Arbeiterbewegung ein Tarifpartner. Jetzt muss die Beziehung zur dritten Säule, zur Natur überprüft werden. Für eine

ökologisch-soziale Marktwirtschaft ist eine weitere, grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen „Betriebssystems“ des Kapitalismus („Capitalism 3.0“) notwendig.

Da die Biosphäre beziehungsweise der Umweltraum – ebenso wie die Lebensweltökonomie – ein Gemeingut der Menschheit ist und jeder Mensch ein Grundrecht auf ein Minimum an Naturgütern hat, sind dem Privateigentum an Naturgütern und dem Handel mit ihnen prinzipielle Grenzen gesetzt. So muss etwa die Entnahme von Rohstoffen auf einem erneuerbaren Niveau stabilisiert oder der Ausstoß von Emissionen auf ein unschädliches Niveau abgesenkt werden. Begrenzungen führen allerdings dazu, dass künftig Verteilungsfragen verstärkt hervortreten und Konflikte sich verschärfen. Es geht darum, wie weit diese Verteilung nach Rechtsansprüchen, über Kaufkraft, nach Bedürfnis oder über schiere Macht erfolgt.

Erforderlich ist eine Wirtschaft, die umfassend dem Nachhaltigkeitsziel gerecht wird. Dafür muss die Erwerbswirtschaft entsprechend umgebaut, die Lebensweltwirtschaft und damit die Rolle der Zivilgesellschaft aufgewertet und die Natur gegen die Ansprüche des Geldkapitals wirksamer geschützt werden. Das erfordert staatliches Reglement, das die Marktteilnehmer daran hindert, die natürlichen und sozialen Gemeingüter zum privatwirtschaftlichen Vorteil zu übernutzen. Dazu gehört eine Revision des Wettbewerbsrechts, damit sich Unternehmen nicht länger Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ökologische oder soziale Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen. Dazu gehört auch eine Revision der Unternehmensverfassung, damit Kapitalgesellschaften nicht nur Privilegien genießen, sondern auch ökologische und soziale Pflichten einhalten. Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft setzt also auf den Primat der politischen Gestaltung vor der Logik des Marktes. Das Prinzip dafür wurde im 1949 verabschiedeten Grundgesetz bereits formuliert: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Baustellen

Für den Kurswechsel können wir weder auf den großen Wurf warten, noch gibt es den Zampano, der ihn bewerkstelligen könnte. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind gleichermaßen gefordert, den Übergang zu einem nachhaltigen, zukunftsfähigen Zivilisationsmodell zu gestalten – auf allen Ebenen, in allen Bereichen: Die Politik muss ihre Prioritäten neu bestimmen, die Ökonomie mit weniger Ressourcen und Umweltbelastungen auskommen, das Marktgeschehen braucht eine regulierende Hand, die Sozialpolitik neue, umfassende Ansätze. Bürger und Bürgerinnen können die Optionen auf lokaler Ebene nutzen, um ihren Lebensraum so zu gestalten, wie sie ihn sich für ihre Enkel vorstellen. Und in einer neuen Architektur internationaler Kooperation müssen Europa und europäische Unternehmen ihre Verantwortung zum Schutz der Biosphäre, der Menschen- und Bürgerrechte auch global wahrnehmen.

Dafür gilt es, die zahlreichen bestehenden Ansätze, Modelle, Ideen und Problemlösungen zu stärken, zu verbreitern und zu vernetzen – und gegen Widerstände und die scheinbar unverrückbare Macht der bestehenden Verhältnisse umzusetzen. Um den Konstruktionsplan einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu verwirklichen, gibt es viele Erfolg versprechende Baustellen.

Auf Solarwirtschaft umsteigen

Das Kernstück eines Übergangs zu einer naturverträglichen Wirtschaft ist der Wechsel der Ressourcenbasis. Um Energieträger und Grundstoffe fossilen Ursprungs abzulösen, stehen zahlreiche Nutzungs- und Umwandlungstechnologien für Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Geothermie zur Verfügung.

- **Solarkollektoren** werden heute vor allem bei der Bereitstellung von Warmwasser und Raumwärme eingesetzt. Solarenergie kann im Gebäudebereich aber auch passiv genutzt werden, etwa durch unverschattete Südfenster oder Wintergärten.
- Neben den bestehenden Wasserkraftwerken ist mittlerweile die **Windenergie** zur wichtigsten Option einer erneuerbaren Stromerzeugung in Deutschland geworden. Hier liegen die größten Potenziale für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien im Bereich der Stromerzeugung, insbesondere in Offshore-Windparks.
- Die Anwendungsmöglichkeiten **nachwachsender Rohstoffe** zur Nutzung in der Chemie-, Petro- und Pharmaindustrie sowie in der Bauwirtschaft – etwa als Baumaterialien und Dämmstoffe – sind vielfältig und werden zunehmend genutzt.

Im Zentrum sowohl der Problemlösung als auch der Auseinandersetzungen stehen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien versus dem Bau neuer Kohlekraftwerke und der Verlängerung der Laufzeiten bestehender Atommeiler. Dabei geht der Streit heute im Grunde gar nicht mehr darüber, ob den erneuerbaren Energien die Zukunft gehört. Denn ihre Vorteile liegen auf der Hand: Sie sind weitgehend klimaneutral, diversifizieren das Energieangebot und verringern die Importabhängigkeit. Damit leisten sie einen erheblichen Beitrag, um die Versorgung zu sichern und Konflikte und Krisen zu vermeiden. Zudem ermöglichen Blockkraftwerke, Solardächer und Wärmepumpen eine weitgehend dezentralisierte Energieerzeugung, die damit wieder näher an den Ort des Verbrauchs „zurückkehrt“ und die heutige, hoch-monopolisierte Energiewirtschaft „resozialisieren“ würde. Ein häufig erheblich

geringerer Investitions- und Infrastrukturaufwand ermöglicht neuen Akteuren den Marktzugang. So würde der vermachtete Strommarkt aufgebrochen und der Wettbewerb belebt.

Der Streit geht vor allem über den besten Weg und den Zeithorizont für die Umstellung. Der Aufbau neuer Strukturen braucht Zeit. Deshalb mögen fossile Kraftwerke noch für eine begrenzte Zeit notwendig sein, vor allem als moderne Gaskraftwerke. Weil erneuerbare Energien heute vielfach noch teurer sind als die konventionellen Energieträger, ist für ihren weiteren Ausbau finanzielle Unterstützung notwendig. Gleichzeitig sind noch viele Fragen offen. So kann es zu Konflikten zwischen dem Ausbau der Windenergie, dem Natur- und Landschaftsschutz und Anwohnern von Windparks kommen.

Außerdem stehen die alten Akteure der Stromwirtschaft bereit, auch bei den erneuerbaren Energien mitzumischen. Einfallstore sind ka-

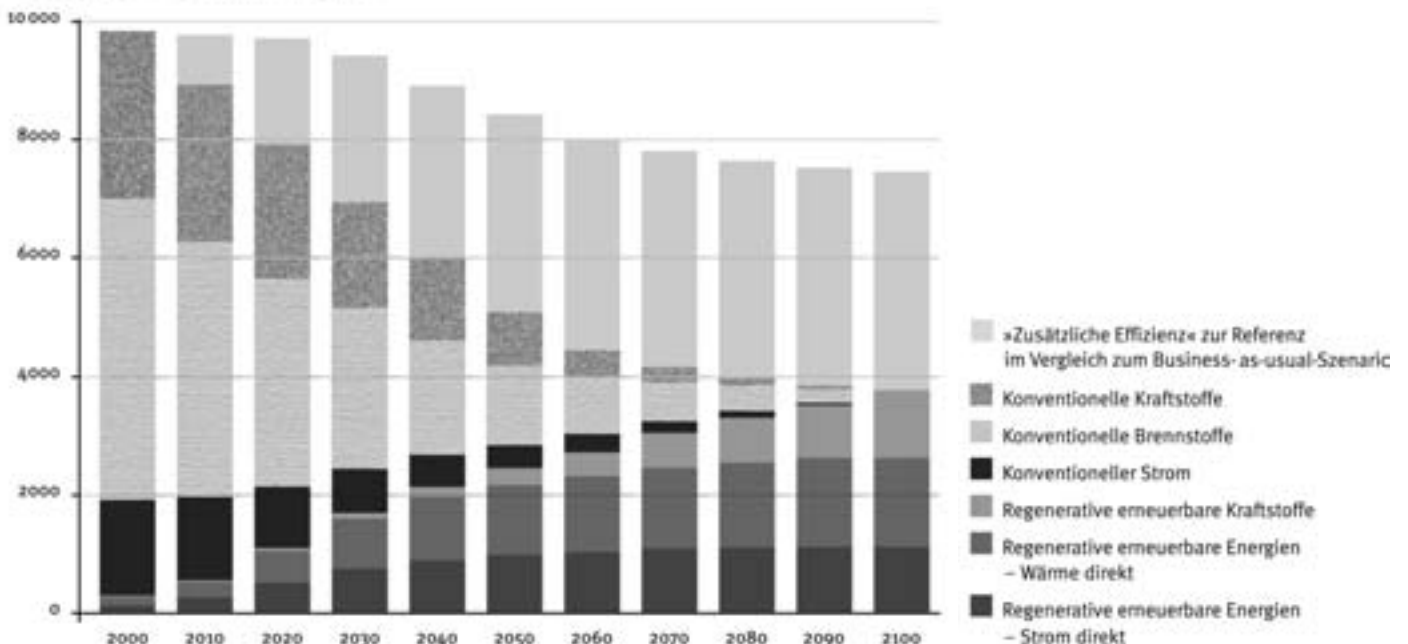
pitalintensive Offshore-Windparks und Stromimporte, etwa Solarstrom aus Nordafrika, ohne die der Bedarf in Deutschland und Europa möglicherweise nicht gedeckt werden kann, vor allem wenn der Verbrauch weiter steigt. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Energieversorgung auch künftig von wenigen Unternehmen kontrolliert wird, sich also bei erneuerbaren Energien ähnlich zentralisierte Strukturen entwickeln, wie sie heute im Bereich fossiler Energieträger bestehen.

Gefordert ist die Politik. Sie muss klare Ziele vorgeben, die die solar-vernetzte, dezentralisierte Energieversorgung stärken und dadurch den Rahmen für wirtschaftliches Handeln bestimmen. Unternehmen sollten Möglichkeiten erhalten, die wirtschaftlichen Chancen der Umstrukturierung zu nutzen. Aber auch die Verbraucher können durch die Wahl des Strombezugs oder ein energiebewussteres Verhalten zum Umbau der Ressourcenbasis beitragen.

Klimaverträgliche Entwicklung des Energiesystems

Der Übergang in ein solar-vernetztes Zeitalter erfordert einen Wechsel zu erneuerbaren Energien

Endenergie in Petajoule pro Jahr



Quelle: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, S.332

Chancen der Ressourceneffizienz

Ein Umbau auf solare Energien und Stoffe ist nur möglich und finanzierbar, wenn gleichzeitig auch der Ressourcenbedarf insgesamt deutlich verringert wird. Ansätze dafür gibt es bereits. Unternehmen stehen wegen steigender Kosten für Rohstoffe und Energie unter Druck, durch höhere Effizienz Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu steigern. Insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Bauwesen und Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung gibt es eine Vielzahl guter Beispiele, wie Ressourcen besser genutzt und eingespart werden können. So zeichnet sich in Deutschland bereits eine gewisse Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ab. Das trägt nicht nur zur Entlastung der Umwelt und einer geringeren Abhängigkeit von teuren Importen bei. Eine effizientere Nutzung etwa von Wasser und Energie könnte auch den Anstieg der Lebenshaltungskosten für private Haushalte zumindest stoppen.

Gebremste Kraft-Wärme-Kopplung

Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken mit Wirkungsgraden von 35 bis 45 Prozent erreichen KWK-Anlagen durch zusätzliche Nutzung der Abwärme eine Ausschöpfung des Energieinhaltes der Brennstoffe von 80 bis 90 Prozent. Anfang dieses Jahrtausends lag der KWK-Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland jedoch nur bei etwa elf Prozent, in Dänemark dagegen bei 50 Prozent, in den Niederlanden und Finnland jeweils bei knapp 40 Prozent. Die Bundesregierung plant eine Verdopplung des KWK-Anteils bis 2020 auf 25 Prozent, was Experten angesichts unzureichender Förderung jedoch für wenig realistisch halten.

Die Einsparpotenziale in Wohnungen und Fabriken, in Motoren und Werkstoffen sind allerdings noch längst nicht ausgeschöpft. Doch eine systematische und flächendeckende Umsetzung ist schwierig. Oft sind Einsparmöglichkeiten nicht ausreichend bekannt oder sie erscheinen als zu teuer. Anstatt die Arbeitseffizienz immer weiter zu steigern, sollte der technische Fortschritt daher auf die Verbesserung der Ressourceneffizienz ausgerichtet sein, und zwar entlang der gesamten Produkt- und Wertschöpfungskette, von den Lieferanten bis zu den Endkunden.

Allerdings wirken auch starke Kräfte der Wirtschaftsdynamik gegen die Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen. Unternehmen kalkulieren häufig eher auf kurzfristigen Gewinn und scheuen Investitionen in langfristig wirkende Verbesserungen. Außerdem ist eine wirksame Steigerung der Ressourceneffizienz nicht allein durch technische Lösungen erreichbar. Der Ressourcenverbrauch wird in großem Umfang durch Produktionsmuster beeinflusst. Ein Beispiel sind die Nordseekrabben, die vom Fischer in Schleswig-Holstein zum Pulen durch marokkanische Arbeiterinnen und zurück zum Supermarkt tausende von Kilometern durch Europa reisen. Auch Verbraucher entscheiden mit ihrem Lebensstil, ihren Konsumgewohnheiten und ihrem Alltagsverhalten mit, ob Produkte und Dienstleistungen mit geringerem Ressourcenverbrauch den Durchbruch schaffen. Die öffentliche Hand, die zu den Großverbrauchern gehört, könnte hier eine wichtige Vorbildfunktion erfüllen.

Wie das Beispiel der Kraft-Wärme-Kopplung, die Brennstoffe sehr viel wirksamer nutzt, zeigt, besteht hier aber auch politischer Handlungsbedarf (siehe Kasten). Rahmenbedingungen können so gestaltet werden, dass Widerstände etablierter Anbieter verringert und positive Anreize geschaffen werden. Dazu könnten Effizienzstandards und Produktkennzeichnungen für Gebäude, Geräte, Anlagen und Prozesse gehören, die nicht nur Energie, sondern auch Wasser- und Materialverbrauch einbeziehen.

Primat der Politik

Das Gesetz zu erneuerbaren Energien (EEG) hat Windkraft, Solartechnik und Bioenergie einen enormen Aufschwung verschafft. Es ist ein Beispiel dafür, wie der Staat ressourcenschonende und öko-intelligente Schlüsselinnovationen fördern kann und damit gewinnbringende Zukunftsmärkte entstehen.

Durch politische Intervention können auch Investitionen in Gemeinschaftsgüter gefördert werden wie der Beitrag der Landwirtschaft zur Landschaftserhaltung, zum Umwelt- und Klimaschutz („Multifunktionalität“). Fördergelder, die bislang vorrangig der industriellen Agrar- und Viehwirtschaft und damit hohem Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen zugute kommen, können umgeleitet werden, um die ländliche Entwicklung zu fördern und die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten.

Der Staat hat viele Möglichkeiten, um Produktion, Markt und Wettbewerb so zu beeinflussen, dass sie mehr als bislang dem Allgemeinwohl dienen und dazu beitragen, Ökologie und Fairness zu stärken. Neben Gesetzen und – meist finanzieller – Förderung und Anreizen gehören dazu auch eher technische Instrumente: Produktstandards für die Energieeffizienz zum Beispiel oder Mengengrenzungen, um die Emissionsrechte zu einem knappen und damit teureren Produkt zu machen. Eingriffe in die Preisbildung können verhindern, dass ökologische und soziale Kosten nicht länger auf die Allgemeinheit oder die Schwächeren abgewälzt werden und stattdessen die Preise die „ganze Wahrheit“ sagen. Steuerreformen können nicht nur dazu beitragen, unerwünschten Umweltverbrauch zurückzudrängen, sondern auch die soziale Ungleichheit verringern und damit zu mehr Gerechtigkeit führen: So könnte das Aufkommen aus Ressourcensteuern, durch die die Lebenshaltungskosten steigen würden, zumindest teilweise als Öko-Bonus oder als Finanzierungsquelle für eine umfassende soziale

Grundsicherung wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurück gegeben werden.

Wie die Finanzkrise zeigt, brauchen auch die Finanzmärkte mehr Regulierung, um die Wirtschaft gegen Krisen und deren soziale Folgen besser zu schützen. Risikoreiche Finanzmarktprodukte könnten genehmigungspflichtig, kurzfristige Transaktionen mit einer Börsenumsatzsteuer belegt werden. Insgesamt gilt es, die Finanzmärkte, die gegenwärtig vor allem dem Interesse an schneller und hoher Rendite dienen, wieder ihrer eigentlichen Funktion zuzuführen – zwischen Geldanlegern und der realen Produktion zu vermitteln.

Bekanntlich gibt es erheblichen Widerstand gegen derartige Maßnahmen und Instrumente, weil eine Reihe von Unternehmen und Wirtschaftssektoren wie insbesondere die Energie-, die Auto- und die Agrarindustrie dadurch einiges zu verlieren haben. Verbände und Lobbyisten üben regelmäßig Druck auf Parlamente und Regierungen aus, umweltpolitische Vorhaben zu entschärfen. Eine öko-soziale Marktwirtschaft lässt sich daher nur umsetzen, wenn die Politik den Vorrang gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnt.

Renaissance der Regionen

Wenn Treibstoffe teuer und Ressourcen knapp werden, sind kürzere Transportwege, Verkehrsvermeidung und eine Verkürzung von Wertschöpfungsketten angesagt. Das bietet Chancen, um die regionale Wirtschaftstätigkeit, die durch Weltmarktorientierung, Privatisierung und Konzentration einen enormen Substanzverlust erlitten hat, wieder zu beleben. Mit der Solarwirtschaft eröffnen sich für Strategien zur Regionalentwicklung gleichzeitig Möglichkeiten, Energie und Rohstoffe lokal und regional zu gewinnen.

Die Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien sollte vorrangig auf den Potenzialen eines Gebietes aufbauen, die je nach Region sehr unterschiedlich sein können. Eine Möglich-

keit sind regionale Rohstoffquellen. Das können pflanzliche Rohstoffe, etwa Agrotreibstoffe, sein, deren Anbau die gegenwärtig in jeder Hinsicht unverantwortbare Einfuhr aus tropischen Ländern verringern würde. Auch Recycling, etwa von Abrissgebäuden („Urban-Mining“), und Produktionsabläufe, bei denen Abfälle möglichst lange als Wertstoffe wieder genutzt werden, können helfen, den Ressourcenbedarf zu decken.

Für städtische Gebiete gilt: Kurze Wege tragen dazu bei, Verkehrsaufkommen und damit Umweltverschmutzung, Treibstoffbedarf und Kosten für Straßenbau zu mindern. Das Politikfeld Bauen und Wohnen eröffnet zudem vielfältige Möglichkeiten, durch Unterstützung für ökologisches Bauen und Wohnen den Rohstoffbedarf, den Flächenverbrauch, der gegenwärtig durch Zersiedlung oft zu Lasten landwirtschaftlich genutzter Böden geht, und den Energieverbrauch drastisch zu senken.

Besonders deutlich zeigen sich die Stärken regionalen Wirtschaftens bei der Landwirtschaft. Räumliche Nähe erlaubt kürzere Produktketten, öffnet direkte Vermarktungswege mit günstiger Transport-Ökobilanz, ermuntert Kooperation

und erleichtert die Kommunikation über Produkte und Herstellung. Das gilt insbesondere für die biologische Land- und Lebensmittelwirtschaft, die viel zur regionalen Wertschöpfung und Entwicklung paralleler ökologischer Wertschöpfungsketten beitragen können.

Eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen vor Ort hat viele Vorteile. Kurze Entfernungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, zwischen Rohstoffproduktion und Verarbeitung machen die Versorgung einer Region wirtschaftlich unabhängiger und verlässlicher. Sie fördern Transparenz und Vertrauen in Produktqualität, haben Einkommens- und Beschäftigungseffekte und helfen, Verkehr zu vermeiden. Sie können den direkten Einfluss der Bürger stärken, soziale Beziehungen verbessern und eine engere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Suche nach nachhaltigen Lösungen für regionale Probleme ermöglichen („Agenda 21“). Kulturell stärken sie Selbstbewusstsein und Identität, ökologisch unterstützen sie die Kreislaufführung von Ressourcen. Es ist wesentlich leichter, einen Ausgleich zwischen ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene herzustellen als im globalen Maßstab. Auch die politischen Spielräume dafür sind auf regionaler Ebene oft weiter als in größeren Zusammenhängen.

Die Regionalpolitik sollte daher nicht wie bislang ihre Förderinstrumente vorrangig am herkömmlichen Wachstumsparadigma mit seiner Weltmarktorientierung ausrichten. Die Instrumente der Wirtschafts- und Agrarförderung sollten vielmehr kleinere und mittlere Unternehmen wirksam fördern. Der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und die Vermarktung von regionalen Produkten und Dienstleistungen sind vorrangig zu unterstützen, Gebühren und Abgaben können zur ökologischen Steuerung benutzt werden.

Regiogeld

Durch die Einführung eines Regionalgelds lässt sich die Kooperation zwischen Anbietern und Kunden steigern. „Chiemgauer“ oder „Roland“ sind genau genommen Gutscheine, die als Tauschmittel nur innerhalb der Region zirkulieren. Meist werden sie eins zu eins gegen Euro eingekauft und zur Bezahlung von Unternehmen, Zulieferern und Mitarbeitern verwendet. Beim Rücktausch in Euro fällt eine Gebühr von fünf bis zehn Prozent an, um den „Regio“ im Umlauf zu halten. Damit werden regionale Wirtschaftskreisläufe angeregt, was insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt. In der Region um Rosenheim hatte der „Chiemgauer“ im Jahr 2007 einen Umsatz von über 2 Millionen Euro.

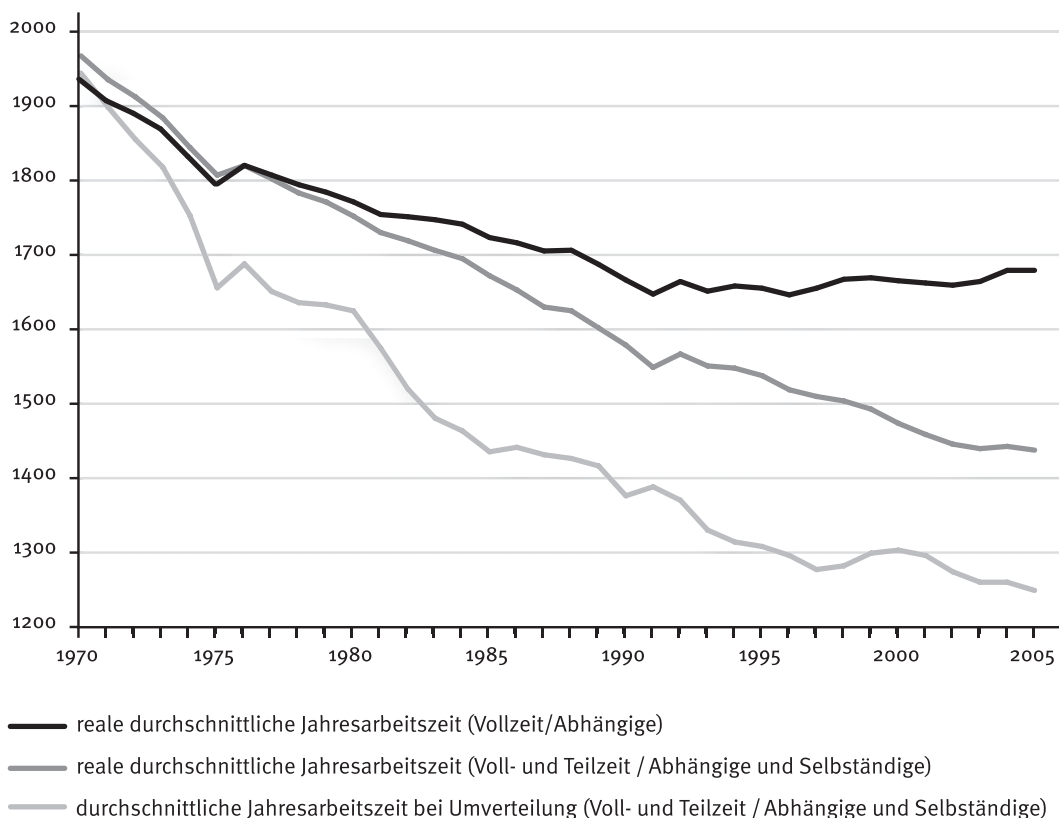
Arbeit fair teilen

Zur Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft gehört unabdingbar soziale Gerechtigkeit. Ein zentraler Aspekt dabei ist die Verteilung und Umverteilung der gesamten Arbeit – der Erwerbsarbeit ebenso wie der Sorge- und der Gemeinwohlarbeit. Da die Wiederherstellung von Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne sich längst als Trugbild erwiesen hat, müssen neue realistische Formen von Beschäftigung entwickelt werden. Anstelle von Arbeit für die Einen und Arbeitslosigkeit für die Anderen können kürzere und flexiblere Erwerbsarbeitszeiten für alle treten. Parallel dazu muss der andere „Teil“ der Arbeit, die Sorgtätigkeiten, gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden, nicht zuletzt um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen.

Der Nutzen ist vielfältig, etwa bessere Gesundheit durch geringere physische und psychische Belastungen und mehr freie Zeit. Männer und Frauen hätten gleichberechtigte Chancen, sich entsprechend ihren Bedürfnissen an der Erwerbsarbeit zu beteiligen. Verändern würde sich auch die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, Raum für eine neue Verteilung familialer Aufgaben würde entstehen. Arbeitszeitverkürzungen könnten zudem das Konsumverhalten ändern, den Ressourcenverbrauch verringern und dazu beitragen, dass weniger Energie verbraucht und Umweltschäden verursacht werden. Sozialpolitisch würde durch eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit die Arbeitslosenproblematik entschärft und die Finanzierung des Sozialversicherungssystems auf eine breitere Grundlage gestellt.

Gedankenexperiment: Erwerbsarbeitszeit bei gleicher Verteilung des Arbeitsvolumens auf das Erwerbspersonenpotenzial 1970 – 2005

Zukunftsfähigkeit im Rückblick - kurze Vollzeit für alle



Die Herausforderung für die Politik besteht zum einen darin, die faire Verteilung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie ein stabiles soziales Sicherungssystem zu gewährleisten. Zum anderen müssen die sozialen und finanziellen Voraussetzungen für einen Aufschwung von Sorge- und Gemeinwohlarbeit geschaffen werden. Erforderlich dafür sind unter anderem eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und eine negative Einkommenssteuer. Dazu gehört aber auch – in einer längerfristigen Perspektive – eine Grundsicherung, etwa durch ein garantiertes Grundeinkommen. Dadurch würde die Anbindung von sozialer Sicherung an Erwerbsarbeit aufgehoben. Diese neue Sozialpolitik, die sich auf alle Formen von Arbeit beziehen muss, übernimmt sowohl Funktionen der sozialen Sicherung als auch der öffentlichen Daseinsvorsorge, um soziale Aktivitäten und die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten zu ermöglichen. Im Zentrum steht ein umfassender Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die im Rahmen der Grundsicherung allen Menschen unentgeltlich zur Verfügung stehen.

Wege zur Weltinnenpolitik

Alle Politikfelder müssen stärker auf Zukunftsfähigkeit und den Schutz des Klimas ausgerichtet werden. Weil über die verschiedenen Umweltkrisen längst alle Länder der Welt unentrinnbar miteinander verflochten sind, ist eine Weltinnenpolitik erforderlich, bei der insbesondere die Außenpolitik, die Umwelt- und die Entwicklungspolitik Hand in Hand gehen. Eine derartige kooperative Umweltpolitik ist – neben der Sicherheitspolitik und der globalen Handelspolitik – der Prüfstein, ob die Welt regierbar bleibt.

Eine Erfolgsbedingung dafür ist Gerechtigkeit. Bislang sind die internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz, zur Erhaltung und gleichberechtigten Nutzung der biologischen Vielfalt und zur Beendigung der Urwaldvernichtung weitgehend blockiert, weil sich Indus-

trie- und Entwicklungsländer gegenseitig die Verantwortung für Zerstörung wie für Lösungsmaßnahmen zuschieben. Stattdessen müssen Mechanismen gefunden werden, um die unterschiedlichen Ansprüche, Wünsche und Bedürfnisse der Reichen auf der einen, der Armen auf der anderen Seite auszugleichen.

So kann die gegenwärtige Blockade in der Klimapolitik nur überwunden werden, wenn die Industrieländer ihre eigenen Emissionen deutlich verringern und auf eine solare Energiebasis umsteigen. Denn nur das schafft den Raum für die Entwicklung des Südens. Zudem müssen die Entwicklungsländer beim Sprung in das solare Zeitalter finanziell und technologisch unterstützt werden. Insbesondere die ärmsten Länder brauchen zudem Hilfe bei der Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel.

Zweitens sind institutionelle Reformen erforderlich. Internationale Einrichtungen wie das UN-Umweltprogramm UNEP, die mit dem Schutz der Umwelt betraut sind, und die internationalen Menschenrechtsorganisationen müssen reformiert und gestärkt werden, um gegen starke multilaterale Handelsorganisationen wie die WTO und Finanzinstitutionen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds bestehen zu können. Anstatt wie bislang eine „nachholende Entwicklung“ mit ihren ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu fördern, sollten IWF und Weltbank den Übergang zu einer solaren Gesellschaft unterstützen. Notwendig sind zudem eine gleichberechtigte Partizipation des Südens in ihren Entscheidungsgremien, größere Transparenz und Rechenschaftspflicht. Durch eine globale Treuhandorganisation könnte zudem die Erdatmosphäre dem Zugriff ökonomischer oder politischer Macht entzogen und in gemeinschaftliche Nutzung überführt werden. Verschmutzungsrechte würden auf faire Weise verteilt, die Überlastung der Atmosphäre zurückgeführt.

Konflikte werden nur dann erfolgreich vermieden oder gelöst werden können, wenn sich

die Politik als Erdpolitik versteht, deren hauptsächlichlicher Bezugsrahmen nicht mehr allein das nationale Interesse ist, sondern das globale Gemeinwohl. Eine wichtige Bedingung einer zukunftsfähigen globalen Architektur ist dabei, dass internationale Umwelt- und Menschenrechtsverträge generell Vorrang haben vor Handelsabkommen.

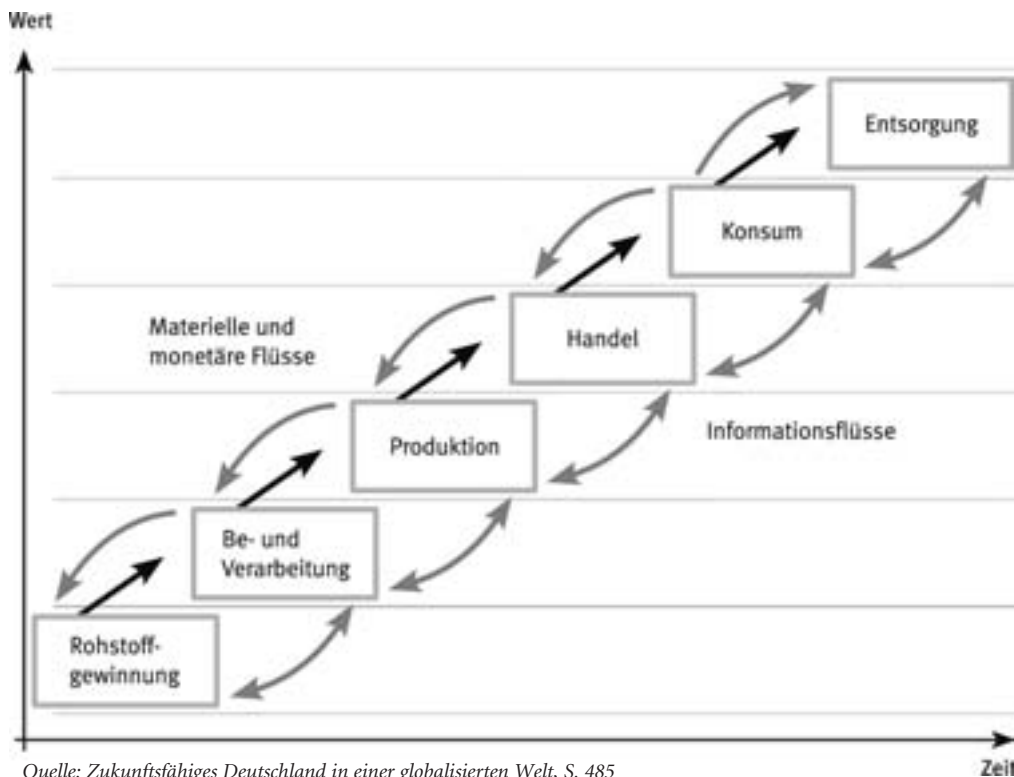
Verantwortung in globalen Produktketten

In einer globalisierten Wirtschaft, in der von der Rohstoffgewinnung über die Verarbeitung bis zum Einzelhandel und der Entsorgung Produktion und Konsum weltumspannend verknüpft sind, endet die Verantwortung von Unternehmen, Verbrauchern und Politik nicht an nationalen Grenzen. Ressourcenverbrauch,

Umweltbelastungen und unwürdige Arbeitsbedingungen, oftmals von Frauen, sind zentrale Probleme globaler Produktions- und Wertschöpfungsketten, die gemeinsam gelöst werden müssen. Im Mittelpunkt stehen dabei ausreichende Löhne und faire Preise, die sowohl die ökologischen Kosten widerspiegeln, die durch die Produktion entstehen, als auch eine gerechte Teilung der Wertschöpfung bringen.

Unmittelbar gefordert sind die Unternehmen. Durch Auslagerung der Produktion in andere Länder sind sie imstande, soziale und ökologische Kosten leichter als in den Industrieländern abzuwälzen. Nationale Arbeitsstandards und grundlegende Menschenrechte wie die international anerkannten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO werden dort häufig verletzt. Die Bildung von Gewerkschaften ist oft nicht erlaubt, Mindestlöhne werden bewusst niedrig gehalten. Und meist

Konzeptionelle Darstellung der globalen Wertschöpfungskette



verbleibt nur der geringere Teil der Wertschöpfung in den ärmeren Ländern. Dadurch sind Gewinne und soziale und ökologische Kosten sehr ungleich zwischen Investoren, Ländern und Bevölkerungen verteilt.

Ein Ansatz, wie die unternehmerische Verantwortung besser wahrgenommen werden kann, sind freiwillige Zusagen und Aktivitäten von Unternehmen, soziale und ökologische Aspekte ihrer Tätigkeit stärker zu berücksich-

tigen. Immer mehr Firmen bekennen sich zu ihrer *Corporate Social Responsibility*, nicht zuletzt, weil sie die Marktmacht der Verbraucher fürchten, die durch zivilgesellschaftliche Kampagnen bei Verstößen gegen soziale Normen oder Umweltschäden kritischer geworden sind. Um soziale oder ökologische Standards für Unternehmen festzulegen, arbeiten inzwischen in Bereichen wie Kleidung, Kaffeeanbau oder Forstwirtschaft Umweltorganisationen und Gewerkschaften mit Unternehmen und teilweise mit staatlichen Organisationen zusammen (*Multi-Stakeholder-Initiativen*). Ein Beispiel ist der *Forest Stewardship Council* (FSC), der ein Zertifikat (*Label*) für nachhaltig gewonnenes Holz vergibt.

Auch die Verbraucher können durch ihr Kaufverhalten einen Beitrag leisten, damit die Geschichte eines Produkts von seinem Ursprung bis zu seiner Entsorgung nachhaltiger wird. Fairtrade- und Öko-Siegel können ihnen die dafür notwendigen Anhaltspunkte liefern. Ebenso sind der Staat, Behörden oder Kirchen als institutionelle Konsumenten gefordert, bei ihrer Beschaffungspolitik soziale und ökologische Standards zu berücksichtigen. Ihre Entscheidungen haben nicht nur Gewicht, sondern auch Vorbildcharakter.

Freiwillige Vereinbarungen und Verbrauchermacht allein reichen jedoch nicht, um globale Wertschöpfungsketten umfassend gerechter und ökologisch nachhaltiger zu machen. Sie müssen durch einen übergreifenden Handlungsrahmen flankiert werden, der Regeln für alle Akteure formuliert und Transparenz gewährleistet. Staatliche Ordnungspolitik muss mit entsprechenden Gesetzen und Anreizstrukturen die Freiwilligkeit durch Verbindlichkeit und gegebenenfalls durch Sanktionen ergänzen.

Widerstand kommt zum Teil von Entwicklungsländern, die soziale und ökologische Standards als neue Handelsbarrieren betrachten, weil sie ihre Wettbewerbsvorteile beschneiden und Hindernisse für Exporte in die Industrieländer aufbauen. Bei Entwicklung und Formu-

Handel kann fair sein

Die Idee für faire Handelsbeziehungen zwischen Konsumenten im Norden und Produzenten im Süden entstand in den 1970er Jahren als Kritik am bestehenden Welthandelssystem.

Das Ziel war ursprünglich, die großen Konzerne zu umgehen, die Ausbeutung des Südens zu beenden und Handelsstrukturen zu etablieren, die auf Fairness statt auf Profitmaximierung gründeten. Mit den Produzenten werden Standards zu Arbeitsbedingungen und Löhnen vereinbart.

Die Preise, die ihnen für Kaffee, Zucker, Tee und eine wachsende Produktpalette gezahlt werden, gewährleisten die Existenzsicherung und schließen zusätzlich zu den Produktionskosten auch eine Fair-Handels-Prämie, die der Unterstützung für Gemeinschaftsprojekte dient, ein. Die Preise für fair gehandelte Produkte liegen meist deutlich höher als der Weltmarktpreis. Außerdem werden langfristige Handelsbeziehungen vereinbart und die Organisationsentwicklung, etwa von Kleinbauernkooperativen oder Gewerkschaften, unterstützt. Die Käuferinnen und Käufer erhalten nicht nur Produkte mit einem „sozialen Mehrwert“, sondern, vor allem über Weltläden, auch politische Informationen.

Inzwischen ist der Sprung aus der Nische der Weltläden in die Supermärkte gelungen, was von den einen begrüßt wird, weil es wachsende Umsätze und für über eine Million Produzentenfamilien ein stabiles Einkommen bedeutet. Andere hingegen kritisieren den Abschied von der ursprünglichen Idee des Fairtrade, der Kritik an den etablierten Handelsstrukturen.

lierung von Standards müssen daher die Interessen aller, insbesondere auch der Produzenten und Arbeitskräfte in den Entwicklungsländern, einbezogen werden. Außerdem sollte bei Auslandsinvestitionen eine langfristige und partnerschaftliche Entwicklungskooperation im Vordergrund stehen und nicht das Bestreben, aus Standortvorteilen, für die die Länder und Menschen einen hohen ökologischen und sozialen Preis zahlen, kurzfristigen Gewinn zu schlagen.

Neue Regeln im Welthandel

Deutschland als Exportweltmeister hat eine besondere Verantwortung, seine Wirtschaftsbeziehungen mit der Welt umweltverträglich, sozial und international gerecht zu gestalten. Bislang wird die Förderung von Exporten und Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen, zum Beispiel durch die staatliche Risikoabsicherung Hermes, dem Schutz von Umwelt und Menschenrechten nachgeordnet und der Verschuldung von Ländern des Südens Vorschub geleistet. Stattdessen könnten deutsche Unternehmen unterstützt werden, zur wirtschaftlichen Stärkung der Länder des Südens beizutragen, indem sie Produkte und Herstellungsverfahren exportieren, die Ressourcen schonen.

International werden die Regeln für den Welthandel in wesentlichen Bereichen durch die 1995 ins Leben gerufene Welthandelsorganisation WTO ausgehandelt und durchgesetzt. Neben diesen multilateralen Vereinbarungen haben bilaterale Handels- und Investitionsabkommen zunehmend größere Bedeutung, besonders seit die gegenwärtige WTO-Verhandlungsrunde über weitere Liberalisierungsschritte, die sogenannte Doha-Runde, gescheitert zu sein scheint. Alle Verhandlungen und Abkommen zielen im Kern darauf ab, Hindernisse für Handel und Investitionen abzubauen und dem globalen Kapital neue Märkte zu öffnen.

Natürlich sind internationaler Handel und Auslandsinvestitionen notwendig. Aber sie

sollten so geregelt werden, dass sie zu mehr Ökologie und Fairness in der Weltwirtschaft beitragen – auf allen Ebenen.

Dazu gehört zum Beispiel, dass Regierungen einen ausreichenden Handlungsspielraum und Flexibilität behalten müssen, um lokale Produzenten zu schützen und dadurch Arbeitslosigkeit und Armut zu senken. Der Handel mit Gütern, die sozial gerecht und ökologisch nachhaltig hergestellt werden, kann begünstigt werden, indem zum Beispiel Textilien, bei deren Herstellung die Rechte von Frauen verletzt werden, durch höhere Zölle finanziell belastet werden („Qualifizierter Marktzugang“). Um eine Überschuldung von Ländern und Finanzkrisen wie in Asien Ende der 1990er Jahren zu verhindern, muss der Ausgleich der Handelsbilanzen gefördert werden. Internationale Investitionsregeln können genutzt werden, um extraterritoriale Staatenpflichten umzusetzen und Unternehmen im Ausland zu verpflichten, die UN-Menschenrechte, die ILO-Kernarbeitsnormen, international verankerte Umweltstandards und Vereinbarungen zur Korruptionsbekämpfung einzuhalten.

Durchgängig muss den schwachen Ländern des Südens eine Sonder- und Vorzugsbehandlung eingeräumt werden, um im ungleichen Wettbewerb mit Industrie- und Schwellenländern überhaupt eine Chance zu haben. Umgekehrt muss der Marktmacht transnationaler Konzerne Einhalt geboten werden, indem zum Beispiel die Monopol- und Kartellbildung verhindert und unlauterer Wettbewerb wirksam unterbunden werden. Es geht darum, mehr Fairness zwischen den Marktakteuren zu ermöglichen.

Zudem herrscht in der Handelspolitik ein eklatantes Demokratiedefizit. Öffentliche Diskussionen sind rar, die Einflussmöglichkeiten von Parlamenten und Zivilgesellschaft begrenzt. Dagegen haben Interessengruppen, insbesondere aus der Wirtschaft, starken Einfluss auf handelspolitische Verhandlungen und Entscheidungen. Um das zu ändern, muss die

Mitsprache des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags verbessert werden. Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen müssen für Zivilgesellschaft und Betroffene transparenter, eine aktive Mitsprache möglich werden. Und die Handelspolitik muss mit Zielsetzungen der Umwelt- und Entwicklungspolitik abgestimmt werden, anstatt ihnen zu widersprechen, wie es bislang oft der Fall ist.

Bürgerinnen und Bürger nehmen Einfluss

Nachhaltige Entwicklung braucht die Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger. Neue bürgerschaftliche Initiativen sind notwendig, um auf den verschiedensten Ebenen ein Gegengewicht zu den Segmenten von Privatwirtschaft und Verwaltung zu schaffen, für die Nachhaltigkeit nicht immer ein vorrangiges Anliegen ist.

Auf lokaler Ebene sind die Möglichkeiten politischer Partizipation besonders groß. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger über Planungen und Entscheidungen rechtzeitig und umfassend informiert werden. Das gilt besonders für Be-

völkerungsgruppen wie Kinder und Jugendliche oder Migranten, die weniger Möglichkeiten als andere Gruppen haben, ihre Interessen geltend zu machen. Eine Bürgerbeteiligung darf zudem von der Verwaltung nicht als billige Ersatzmaßnahme missbraucht werden, um sich des Betriebs von Sportplätzen oder Schwimmbädern zu entledigen oder öffentlich angebotene Leistungen einzuschränken.

Für politisch bewusste Menschen gibt es viele Handlungsmöglichkeiten – die Ausweitung von regenerativen Energien, Maßnahmen zur Energieeinsparung und die Gestaltung eines lokalen Verkehrssystems, das die Stadtqualität und das Mobilitätsverhalten positiv beeinflusst, Städte- und Projektpartnerschaften mit Menschen in anderen Teilen der Erde oder entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Demokratie und Rechtsstaat bieten vielfältige Möglichkeiten, um

- **mitzustreiten**, etwa bei städtischen Planungsverfahren wie der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes, eines Stadtentwicklungs- oder eines Klimaschutzkonzepts,
- **mitzuverhindern**, dass öffentliche Einrichtungen wie Stadtwerke privatisiert werden oder zerstörerische Großprojekte wie Straßen, Flughäfen oder neue Großkraftwerke für Jahrzehnte eine nicht nachhaltige Entwicklung zementieren,
- **mitzuoptimieren**, indem Bürger die professionelle Fachkompetenz durch ihre eigene Kompetenz als Alltagsexperten – etwa als Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel – ergänzen,
- **mitzurealisieren**, indem Bürgergruppen gleichsam als Koproduzenten der öffentlichen Hand kommunale Leistungen übernehmen, wie bei der Stromerzeugung (siehe Kasten).

Die „Stromrebellin von Schönau“

Nach dem Super-GAU von Tschernobyl 1986 beschlossen Bürger und Bürgerinnen im kleinen baden-württembergischen Schönau, nur noch atomenergiefreien Strom zu beziehen. Dafür kauften sie das lokale Stromnetz und gründeten 1991 ihr eigenes Versorgungsunternehmen, die Elektrizitätswerke Schönau. Spendengelder und private Gesellschafter, vor allem Schönauer, machen es möglich. Der Strom stammt aus Solaranlagen, Wasserkraft und klimaschonender Kraft-Wärme-Kopplung. Seit der Liberalisierung des Strommarktes verkaufen die Schönauer ihren Ökostrom bundesweit und versorgen inzwischen über 50.000 Kunden.

Bei Projektplanungsverfahren kann Widerspruch eingelegt werden, Gerichte können angerufen werden. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als Formen der „direkten Demokratie“ sind weitere Möglichkeiten, sich einzumischen.

Das Private ist politisch

Auch durch die eigene Lebensführung kann Einfluss genommen werden – zum Beispiel als Konsument, der bei seinen Kaufentscheidungen politisch, also als Bürger denkt und Umweltbelastungen und die Solidarität mit Menschen, denen es schlechter geht, berücksichtigt. Grundbedürfnisse nach Essen, Wohnen und Mobilität können auch auf eine Art und Weise befriedigt werden, die weniger schädlich für Umwelt und Produzenten ist als bislang. Innovative Konzepte und Lösungen ermöglichen, das Konsumverhalten zu verändern ohne weniger Wohlstand in Kauf nehmen zu müssen. Ein solches neues Verständnis von Konsum und Lebensstil werden sich allerdings wohl eher jene im Lande leisten können, die nicht jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Das fängt beim strategischen Einkauf an. Die Verbraucher können durch die Wahl von regionalen Bio-Siegeln, fair gehandelten Produkten oder durch reduzierten Fleischkonsum mitbestimmen, ob und inwieweit ökologische und soziale Missstände bestehen bleiben oder beseitigt werden. Das geht weiter beim Wohnen: Neubauten können emissionsfrei sein, bei bestehenden Gebäuden gibt es durch solare Warmwasserbereitung und energieeffiziente Geräte häufig große Spielräume, wie Ressourcen eingespart werden können. Anleger können ihr Geld in Ökofonds oder Windparks anlegen und Aktien von Unternehmen, die durch Verstöße gegen Umweltschutz oder Arbeitsrechte aufgefallen sind, meiden. Autobesitzer sparen durch freiwillige Geschwindigkeitsbegrenzungen Treibstoff – oder verzichten gleich ganz aufs Auto zugunsten von Fahrrad, öffentlichen Verkehrsmitteln und Carsharing.

Ein neuer nachhaltiger Lebensstil, der an Stelle des Verbrauchs von Gütern mehr auf den Gebrauch abstellt, kann nicht nur Ressourcen sparen, sondern auch persönliche Erfüllung

Marktmacht Kirche

Es wird geschätzt, dass die beiden großen christlichen Kirchen einschließlich Organisationen wie Caritas, Johanniter und Diakonie etwa 120.000 Fahrzeuge im Jahr beschaffen. Würden sie diese Marktmacht nutzen und sparsamere Fahrzeuge kaufen, könnten sie damit nicht nur ihrem Aufruf, die „Schöpfung zu bewahren“, mehr Glaubwürdigkeit verleihen, sondern auch ein Zeichen für eine Trendwende setzen. Ein Anfang ist gemacht: Seit Januar 2008 nimmt das Projekt „Zukunft einkaufen“ das Einkaufsverhalten der Kirchen unter die Lupe. Ziel ist es, die Beschaffung der Kirchen an ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten.

bringen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit kann neuen Zeitwohlstand schaffen und die Lebenszufriedenheit durch mehr Raum für soziale Beziehungen und persönliche Projekte steigern. Das Glück, so die klassischen Lehren, lässt sich schneller und sicherer durch die Verringerung der Bedürfnisse erreichen, als durch eine Ausweitung ihrer Befriedigung.

Akteure des Kurswechsels

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt? Die Frage geht an die Grundlagen unseres Zivilisationsmodells. Bildlich gesprochen: Aus einem Öltanker, einem Ungetüm aus Stahl, das von fossilen Brennstoffen angetrieben wird, schwer zu manövrieren ist und eine Gefahrenquelle für die Umwelt darstellt, muss ein moderner Hochleistungs-Segler werden, ein leichtes, wendiges Fahrzeug, angetrieben von solarer Energie in Form von Wind, zwar mit geringerer Leistungskraft und Geschwindigkeit, aber ohne Dreck und Risiko. Beide erfüllen die Funktion, Menschen und Güter zu transportieren, doch der eine im Einklang mit der Natur, der andere als Natur verschlingender Moloch.

Um den Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt auf allen Ebenen – lokal, national und global – zu begegnen, sind die folgenden Aspekte grundlegend:

- Wir müssen mit weniger Ressourcen, vor allem mit weniger fossilen Energien auskommen und den Einstieg in die Energiespargesellschaft – die dreifache Wende im Energiesektor, beim Verkehr und in der Landwirtschaft – schaffen.
- Das trägt auch zur wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei, weil Abhängigkeiten und Konflikte verringert werden. Um die Wirtschaft krisenfester und nachhaltigkeits-orientierter zu machen, müssen zudem die Märkte reguliert und der Vorrang der Kapitalinteressen abgebaut werden.
- Sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit verlangen eine neue Arbeits- und Teilhabepolitik sowie Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Technisch ist vieles längst möglich, um den neuen Segler zu bauen. Für die Energiewende stehen erneuerbare Energien und Einsparstrategien bereit, durch die Gebäude saniert, Industrieanlagen modernisiert und Geräte verbrauchsärmer werden können. Der Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, schärfere Verbrauchsstandards oder eine Kerosinsteuer im Luftverkehr sind Mittel für die Verkehrswende. Die ökologische Landwirtschaft kann die Agrarwende, die Ablösung der energie-intensiven Bewirtschaftung bringen.

Während Regierungen weitgehend untätig blieben, haben glücklicherweise Wissenschaftler, Unternehmer, zivilgesellschaftliche Gruppen und Verbände in zahlreichen Ländern die Praxis und das Wissen hervorgebracht, um Gesellschaft und Wirtschaft grüner und gerechter werden zu lassen. Einer der Grundgedanken dieser internationalen „Bewegung ohne Namen“: Die Rechte der Menschen und das Lebensnetz der Natur sind wichtiger als Güter und Geld.

In zahlreichen Ansätzen und Aktivitäten entstehen Alternativen im Kleinformat, vom Biolandbau zum Fairen Handel, von Null-Energie-Häusern zur Solarindustrie, von Stadtteil-Initiativen über interkulturelle Gärten bis zu globalen Forschungsnetzwerken. Der Aufbau öko-fairer Wirtschaftssektoren und der Einsatz erneuerbarer Energien schreiten voran. Zumindest in Europa war bislang der Widerstand gegen Gentechnik in Lebensmitteln erfolgreich. Firmen experimentieren mit öko-effizienterem Produktdesign und mit Herstellungsverfahren, die weniger Ressourcen benötigen. Kommunen setzen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur energiebewussten Bausanierung um.

Doch das allein bringt nicht den notwendigen Zivilisationswandel. Seine Pioniere haben zwar die besseren Lösungen – und durch Über-

zeugungskraft und Vernetzung durchaus auch Einfluss. Doch die Ansätze und Initiativen müssen sozusagen ins Großformat übertragen werden. Der Umbau kann nur mit massiver Unterstützung durch die Politik realisiert werden. Das gilt erst recht für eine gerechtere Gestaltung der Weltwirtschaft.

Damit der Staat als der legitime Repräsentant des allgemeinen Wohls diesem zur Geltung verhelfen kann, muss der Vorrang der Politik erneuert werden. Sie braucht ein neues Selbstbewusstsein. Das Übergewicht der Kapitalinteressen in der Meinungs- und Entscheidungsbildung muss zurückgedrängt, die Unabhängigkeit des Staates von der Industrie, sprich: von der Wirtschaftslobby, vergrößert und die jahrelange Demontage der staatlichen Autorität durch den Neoliberalismus beendet werden. Denn aus der Gemeinwohlbindung privaten Eigentums, die im Grundgesetz verankert ist, leitet sich nicht nur dessen Sozialpflichtigkeit ab, sondern ebenso seine Verpflichtung auf die Verantwortung für die natürliche Umwelt.

So muss die Politik institutionelle Leitplanken und systemische Sperren für das Verhalten von Verbrauchern und Produzenten schaffen. Unternehmen müssen unter anderem akzeptieren, dass die Produkte und die Verfahren ihrer Herstellung stärker sozialen und ökologischen Maßgaben entsprechen müssen. Und als natürliches Monopol gehören Strom-, Wasser- und Gasnetze in öffentliche Hand.

Auch in der Handelspolitik muss der Zukunftsfähigkeit zum Durchbruch verholfen werden. Umwelt und Menschenrechte müssen zur normativen Grundlage für internationale Austauschbeziehungen werden, um Schaden abzuwenden und Nutzen zu fördern. **Exportsubventionen** im Norden, durch die die Produktion in ärmeren Ländern benachteiligt wird, die

Preise gedrückt und lokale Bäuerinnen und Betriebe in den Ruin getrieben werden, müssen abgeschafft werden. **Handelsabkommen** sollen sicherstellen, dass Handelsbeziehungen Menschenrechten und Umweltschutz dienen. Das Recht von Entwicklungsländern, Umfang und Qualität ihrer Importe zu steuern, um zum Beispiel ihre Kleinbauern zu schützen und ihre Ernährung in eigene, souveräne Regie zu nehmen, muss anerkannt werden. **Transnationale Unternehmen** sind wirksam darauf zu verpflichten, soziale und ökologische Standards einzuhalten.

Diese Entwicklung geht in der Regel nicht ohne Konflikte ab, von Demonstrationen gegen Kern- und Kohlekraftwerke über Menschenketten bei Weltwirtschaftsgipfeln bis zu Auseinandersetzungen in Parlamenten. Der Umbau muss gegen mächtige Interessen und Besitzstände durchgesetzt werden, die zudem alte Konzepte als Lösungen verkaufen, die den notwendigen Umstieg blockieren würden. Dazu gehören noch mehr Nahrungsmittelexporte, eine neue „Grüne Revolution“ und Gentechnik, Kohlekraftwerke, Atomenergie oder der großflächige Anbau von Agrotreibstoffen.

Verbündete kann die Politik in Teilen der Wirtschaft finden, vor allem aber in der Zivilgesellschaft. Ohne ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement wird die Wende zu einem zukunftsfähigen Deutschland nicht stattfinden. Viel wird davon abhängen, ob die neue internationale „Bewegung ohne Namen“ für eine zukunftsfähige Welt rechtzeitig an Boden gewinnen und den notwendigen Kurswechsel herbeiführen kann.

Der Wandel verlangt von allen, stärker über ihren bisherigen Aktionsbereich hinaus zu schauen, Ideen und Handeln zu vernetzen und neue Kooperationsformen zu entwickeln. Das

bedeutet zum Beispiel, dass Unternehmen sich mit moderaten Profiten zufrieden geben und Politiker ihren kurzatmigen Politikstil zugunsten von Weitsicht und zukunftsfähigen Strategien aufgeben, indem sie beispielsweise nicht vorrangig den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb im Auge haben. Für Bürger und Bürgerinnen würde nicht der Konsum das Wohlbefinden bestimmen und Geiz als „geil“ gelten; Gewerkschaften würden sich nicht darauf beschränken, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sondern auch Arbeitslose und gering Verdienende stärker in den Blick nehmen. In den Reichtumszonen der Welt sind Investoren, Unternehmen und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihres Wohlstands und ihrer Macht an die Natur und die Menschen, denen es schlechter geht, abzutreten.

Verändern muss sich dafür aber auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, um die Akzeptanz für die Umbaumaßnahmen zu erreichen. Denn sie verlangen Mitarbeit und Opfer und erhöhen die Kosten der alltäglichen Lebenshaltung. Die Maßnahmen müssen einleuchten, transparent gehandhabt werden und alle entsprechend ihrer wirtschaftlichen Kraft treffen. Eine Umweltpolitik, die nicht gleichzeitig auch Sozialpolitik ist, wird keinen Erfolg haben. Wenn die soziale Ungleichheit weiter aufreißen sollte, gibt es keine Zukunftsfähigkeit. Notwendig ist ein neuer Gesellschaftsvertrag, um das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, zwischen Menschheit und Natur, zwischen armen und reichen Ländern zu befrieden.

Für unbegrenzten Optimismus besteht dabei wahrlich kein Anlass. Doch ist die Geschichte nicht berechenbar, sie zeigt immer wieder, zu welchen Überraschungen sie fähig ist – vom Fall der Mauer in Deutschland bis zum Sieg der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika. Der italienische Journalist, Politiker und Philosoph Antonio Gramsci fasste das so zusammen: „Ich bin ein Pessimist im Verstand, doch ein Optimist im Willen.“



ZUKUNFTSFÄHIGES DEUTSCHLAND

in einer globalisierten Welt



Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst wollen Zukunft gestalten. Dazu haben sie das renommierte Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie beauftragt, eine wissenschaftliche Studie zu erarbeiten. Sie analysiert globale Zusammenhänge und fordert zum Umsteuern auf.

Das Buch (660 Seiten, 14,95 €) ist im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.

Gerechtigkeitsfähig werden nur Wohlstandsmodelle sein können, welche der Biosphäre nicht zu viel abverlangen. Ohne Ökologie ist im 21. Jahrhundert keine Gerechtigkeit mehr zu haben.

„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, S. 89

www.zukunftsfahiges-deutschland.de
Informationen • Medien • Veranstaltungen

Zukunft fair teilen

Brot
für die Welt
Den Armen Gerechtigkeit

eed
Evangelischer
Entwicklungsdienst

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
BUND
FREUNDE DER ERDE

Machen Sie mit und mischen Sie sich ein – in die Diskussion und in das Handeln, damit der notwendige Kurswechsel gelingt!

Diese Arbeitshilfe zur Studie möchte Sie dabei unterstützen, die Diskussion zu einzelnen Themenfeldern in Kirchengemeinden, Gesprächskreisen und auf Bildungsveranstaltungen zu vertiefen.

Sie gibt Anregungen, wie ein Umsteuern – im privaten Bereich, in der Kirchengemeinde, in der Politik – erfolgreich gestaltet werden kann.

Inhalt der Mappe

- Einführung in die Studie und in die Arbeitshilfe
- Wegmarken für einen Kurswechsel
- Gottesdienst – auf dem Weg in die Zukunft
- Klimawandel
- Agrotreibstoff
- Fischereiwirtschaft
- Welthandel
- Tourismus
- Maß halten
- Gottesdienst – an der Wegstation



Sie können diese Arbeitshilfe (Art.Nr.: 117 110 050) bestellen bei:

Brot für die Welt
Zentraler Vertrieb des DWEKD
Karlsruher Str. 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
Tel. 0711 - 9021650
Fax 0711 - 7977502
vertrieb@diakonie.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
Öffentlichkeitsreferat
Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn
Tel. 0228 - 8101- 0
Fax 0228 - 8101-160
vertrieb@eed.de
www.eed.de

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Herausforderungen für uns alle

Achtsam leben – das ist das Gebot für jeden Bürger und jede Bürgerin.

Es geht darum, als Verbraucherin, als Hausbewohner, als Reisende oder Pendler, im Dorf oder Stadtteil, den persönlichen Lebensstil den Notwendigkeiten globaler Verantwortung anzupassen: Nicht zur Übernutzung der Biosphäre und der natürlichen Ressourcen beizutragen, die eigenen Bedürfnisse nicht auf Kosten anderer Menschen zu befriedigen.

Allerdings wäre es naiv zu glauben, dass allein durch Einsicht in die Zusammenhänge und Notwendigkeiten individuelles Verhalten in dem erforderlichen Maße verändert werden könnte. Deshalb besteht die Herausforderung für die **Wirtschaft** darin, ihrer Verantwortung für Zukunftsfähigkeit gerecht zu werden. Das Sponsoring von Kultur und Sport oder soziale Wohltätigkeit reichen nicht; vielmehr muss es darum gehen, soziale und ökologische Kosten nicht länger zu externalisieren und stattdessen ressourcenleichte Produkte und Dienstleistungen bereit zu stellen, die den Konsumentinnen und Konsumenten einen zukunftsfähigen Lebensstil erleichtern.

Von einigen Nischen einmal abgesehen wird die unmittelbare Einsicht alleine auch die Wirtschaft nicht dazu bringen, das Prinzip der Gewinnmaximierung durch soziale und ökologische Gemeinziele in Frage stellen zu lassen. Deshalb ist es Aufgabe des **Staates**, für Konsumenten und Unternehmen die richtigen Anreize zu setzen. Der Staat muss die vorhandenen ordnungspolitischen Möglichkeiten wahrnehmen – und überdies weitere Handlungsspielräume wieder zurückgewinnen. Dies gilt sowohl im nationalen Rahmen als auch auf internationaler Ebene, etwa bei den Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation.

Staatliche Macht braucht jedoch auch Begrenzungen durch öffentliche Kontrolle. Neben den Medien sind dies vor allem **Nichtregierungsorganisationen**, deren Position gestärkt werden muss. Allerdings müssen sich Nichtregierungsorganisationen auch kritisch daraufhin befragen lassen, inwiefern ihre Arbeit denn zu einer zukunftsfähigen Entwicklung beiträgt.

Nicht zuletzt kommt den **Kirchen** eine wichtige Rolle und Vorbildfunktion für den anstehenden Kurswechsel in unserer Gesellschaft zu. Sie sind aufgerufen, ihre Aktivitäten für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu verstärken und in ihren eigenen Strukturen Formen eines nachhaltigen Wirtschaftens und Arbeitens zu verwirklichen. Dabei können sie anknüpfen an ökumenischen Überlegungen darüber, wie eine zukünftige Welt aussehen sollte, die Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung anstrebt.



Evangelischer Entwicklungsdienst e. V.

Ulrich-von-Hassell-Str. 76, 53123 Bonn

Telefon: 0228 - 8101 - 0

vertrieb@eed.de

www.eed.de



**Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e. V.**

Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin

Telefon: 030 - 275 86 - 40

info@bund.net

www.bund.net



Brot für die Welt

Staffenbergstr. 76, 70184 Stuttgart

Telefon: 0711 - 2159 - 0

vertrieb@diakonie.de

www.brot-fuer-die-welt.de